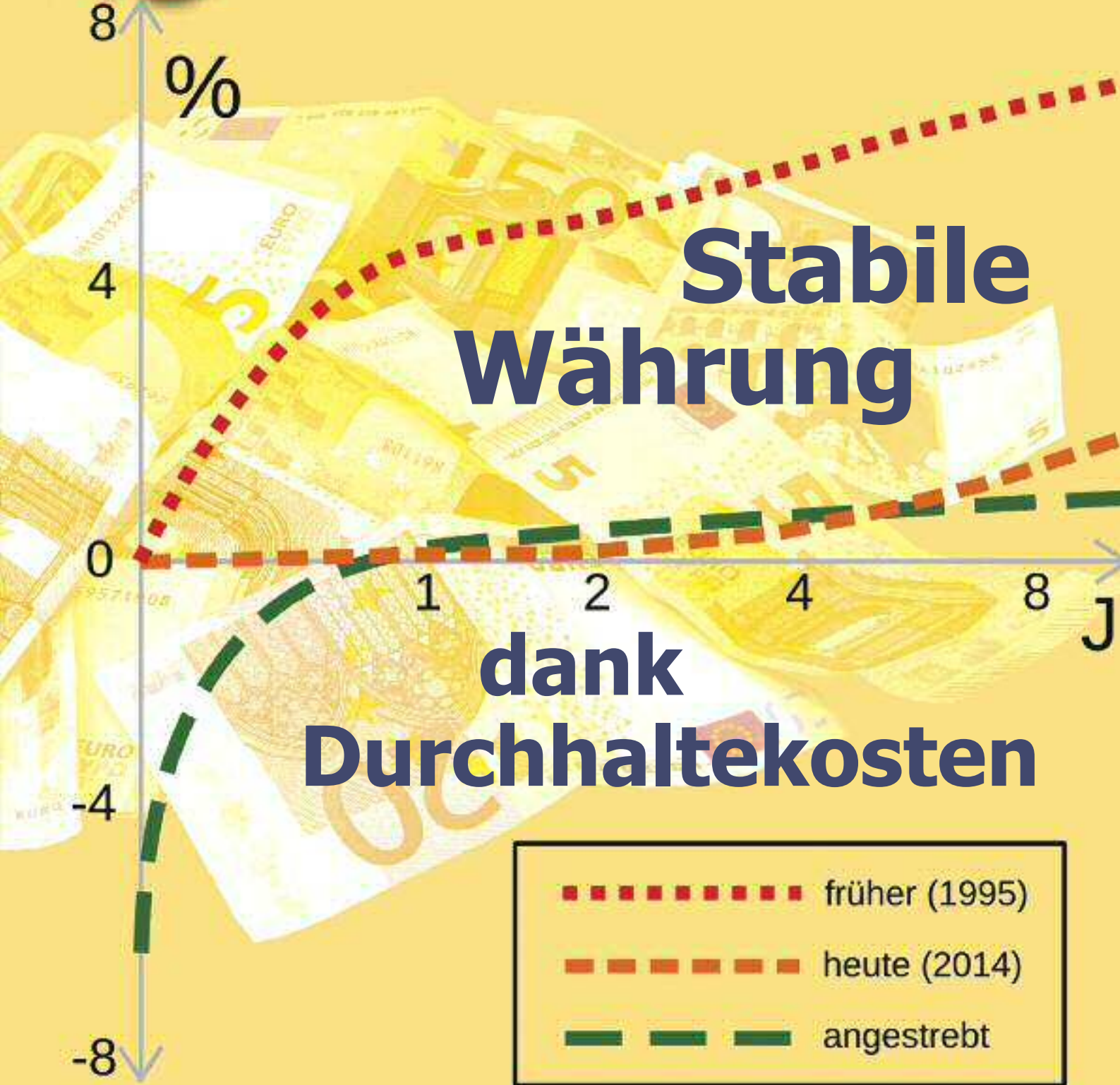


evolution

friedlich, mitmenschlich, gerecht, nachhaltig, selbstbestimmt



Stabile Währung

dank Durchhaltekosten



Neues Forderungspapier der INWO Deutschland
 Helmut Creutz: Geld und Geldmenge, Zinsen und Inflation
 Das Ende des Geldes? – Interview mit Thomas H. Greco

Liebe Leserinnen und Leser,

In dieser Ausgabe möchten wir Ihnen unser neues Forderungspapier vorstellen, gleich auf der nächsten Seite. Wir sind überzeugt, dass Durchhaltekosten auf Zahlungsmittel bei der Stabilisierung unseres Finanz- und Wirtschaftssystems eine entscheidende Rolle spielen. Bisher gibt es nur eine Handvoll Ökonomen, die in diese Richtung denken. Doch angesichts der nicht enden wollenden Krisenerscheinungen weitet sich auf der Suche nach Lösungen auch bei den Vertretern der Wirtschaftswissenschaften die Perspektive.

So hat der frühere US-Finanzminister Larry Summers eingestanden, dass man sich nicht mehr auf weiteres Wachstum verlassen kann, sondern Stagnation als ein »globales Problem der industrialisierten Welt« begreifen muss. Selbst mithilfe der Spekulationsblasen der letzten Jahre konnten die (systemisch) benötigten Wachstumsraten nicht mehr erreicht werden. Und ohne die Blasen hätten wir längst früher Rezessionen, Zusammenbrüche und negative Realzinsen gehabt.

Eine Abkehr vom Wachstumsparadigma wird zwangsläufig kommen müssen, denn was über Jahrzehnte funktioniert hat, funktioniert nicht mehr in einer überschuldeten Welt. Das Bankensystem versucht, sich auf weitere massive Abschreibungen und die Abwicklung von Instituten vorzubereiten. Die Notenbanken können sich nicht mehr ohne schwerwiegende Folgen vom eingeschlagenen Weg des billigen Geldes und der (zugesagten) Aufkaufprogramme zurückziehen. Und die Staaten bleiben trotz enormer Belastung der Bevölkerung durch Sparprogramme hoch verschuldet.

Was ist zu tun? Die Inflationierung der Währung, die sich weniger im Verbraucherpreisindex, aber umso mehr in neuartigen Finanzprodukten, in Immobilien- und Aktienpreisblasen niederschlägt,

ist zwar derzeit notwendig, um Schlimmeres zu vermeiden. Sie schafft aber neue Probleme und ist kein Ersatz für grundsätzliche Lösungen.

Grundsätzlich müssen die falschen finanziellen Anreize, die das System so instabil gemacht haben, korrigiert werden. So müsste die Privatisierung der Welt durch eine Minderheit, die von der Inflationierung profitiert und über ausreichend »Flüssiges« verfügt, dadurch unattraktiv gemacht werden, dass die Knappheitsrenten abgeschöpft, die Ressourcennutzung verteuert und die Einnahmen pro Kopf an alle Menschen zurückverteilt werden, wie Alwine Schreiber-Martens das ab S. 4 beschreibt.

Und die Zahlungsmittel müssten mithilfe von Durchhaltekosten stetig umlaufen. Dies bewirkt ein Niedrigzinsniveau, ohne dass die Notenbanken die Währung inflationieren müssen. Wie sehr positive Guthabenzinsen die Gesellschaft belasten, zeigt Helmut Creutz ab S. 6. Weil mittlerweile leistungslose Kapitaleinkünfte die Arbeitslöhne übersteigen, kann sich die arbeitende Bevölkerung das, was sie erarbeitet hat, immer weniger leisten. Das Geld muss wieder zu denen fließen, die durch ihre Arbeit den Geldwert sichern!

Wenn diese Punkte nicht in Zukunft beachtet werden, sollten wir die gesetzlichen Zahlungsmittel so radikal infrage stellen, wie Thomas Greco das ab S. 10 tut, und unsere Währungen selbst in die Hand nehmen.



Es grüßt Sie

Beate Bockting

Kontakt: Redaktion@INWO.de

Inhalt

- 3 Forderungspapier INWO Deutschland
- 4 Alwine Schreiber-Martens: Warum eine Reform der Geld- und Ressourcenordnung?
- 6 Helmut Creutz: Geld und Geldmenge, Zinsen und Inflation
- 10 Das Ende des Geldes? – Interview mit Thomas Greco
- 14 INWO Deutschland
- 16 INWO Schweiz
- 18 Roland Geitmann: Die Titanic umsteuern!
- 19 Buchvorstellungen
- 21 Bestellformular
- 22 Mitgliedsantrag INWO D
- 23 Christoph Pfluger: Die Vollgeld-Initiative ist fast startklar

Impressum

r-evolution 10. Jahrgang, Nr. 60 März 2014, ISSN 1660-1653

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte etc. wird keine Haftung übernommen.

Redaktion: B. Bockting (V.i.S.d.P.), M. Gassner
E-Mail: Redaktion@INWO.de

Auflage: 2.000 Exemplare; davon 1.550 als »FAIRCONOMY« (INWO Deutschland)

Bildnachweis

Titelseite: © Tim Reckmann / pixelio.de / cvp-design; Autoren- und Produktfotos: privat und Verlage; 3: © Vlado Plaga/INWO; 4: © Thorben Wengert / pixelio.de; 5: © Julien Christ / pixelio.de; 7,8,9: © Helmut Creutz, <http://www.mehr-demokratie.de>; 10: © Tony Hegewald / pixelio.de; 12: © Lupo / pixelio.de; 16 rechts: © Joss / PIXELIO.de; 19+20: © A. Lindert-Rottke / fotolia.com;

Layout: cvp-design, Christina v. Puttkamer, München

Druck: Neumann, Landshut (gedruckt auf 100% Recyclingpapier)

Herausgeberin: INWO Deutschland e.V., Max-Bock-Str. 55, 60320 Frankfurt

Abo-Kontakt Schweiz: INWO Schweiz, Postfach 3161, 5430 Wettingen 3, Tel. 056 426 60 90, E-Mail: Buero@INWO.ch, <http://www.INWO.ch>

Kontoverbindung:

Konto 40-963-0 bei der Freien Gemeinschaftsbank
IBAN: CH20 0839 2000 0040 0679 8
PC-Konto 30-1771-2
IBAN: CH83 0900 0000 3000 1771 2

Die INWO Schweiz spricht über das herrschende Geld- und Bodenrecht als unmittelbare Ursache wachsender Not und sich mehrender Verzweiflung vieler Menschen. Ziele der INWO sind vergleichsweise kleine,

aber fundamentale Korrekturen, die nicht einmal bestehende Besitzstände angreifen würden. Werden Sie Mitglied, GönnerIn der INWO oder LeserIn unserer Zeitschrift r-evolution.

Stabile Währung dank Durchhaltekosten

Die Stabilität der Währung und des Finanzsektors ist eine zentrale Grundlage für eine friedliche, sozial ausgewogene und ökologisch nachhaltige Gesellschaft. Entscheidend für den hiermit verbundenen Wandel ist ein inflations- und deflationsfreies Geld, das auch bei Guthabenzinssatzen um Null reibungslos zirkuliert.

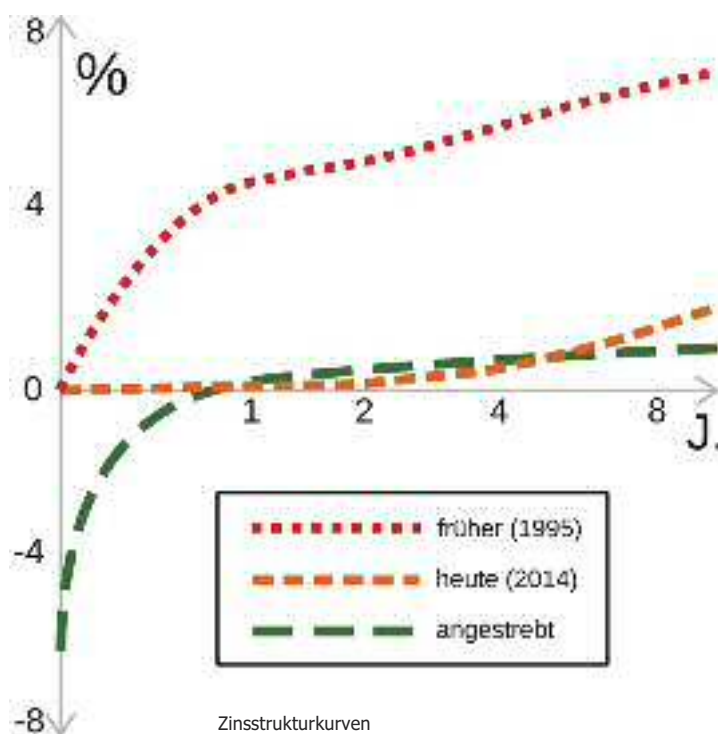
Die Sättigung von Warenmarkten bei anhaltender Massenarbeitslosigkeit bringt Notenbanken in ein Dilemma: Sie versuchen einerseits, mit billigem Zentralbankgeld ein hohes Kreditangebot bei niedrigen Kapitalmarktzinssätzen zu gewährleisten, um so das Wirtschaftswachstum zu stimulieren. Andererseits führt diese Geldpolitik zu einer extremen Abkopplung der Notenbank-Geldmenge von der Wirtschaftsentwicklung. Dies birgt die Gefahr von Vermogenspreisblasen und einer möglichen Inflation.

Gleichzeitig verringert eine zu flache Zinsstruktur den Anreiz zu langfristigem Sparen. Dadurch werden Spekulationsblasen und Deflationstendenzen erzeugt. Eine wirksame Korrektur ergäbe sich aus einer Zinsstrukturkurve, die am kurzfristigen Ende deutlich im negativen Bereich liegt.

Mit Durchhaltekosten auf Zahlungsmittel stünde den Notenbanken ein konstruktiver Mechanismus zur Verfügung:

- Durch eine Gebühr erzeugte Liquiditätskosten gewährleisten auch bei Guthabenzinsen um Null einen ausreichenden Anreiz, sein Geld festzulegen. Langfristige Anlagen werden selbst bei null Prozent Zinsen attraktiv, weil ihr Wert dauerhaft erhalten bleibt.
- Durchhaltekosten in Form einer Gebühr auf die Zahlungsmittel sichern die notwendige Spreizung der Zinsstruktur. Auf diese Weise kann die Kreditversorgung der Realwirtschaft unabhängig von der Leitzinsentwicklung gewährleistet werden.
- Eine überproportionale Zunahme der Liquidität kann vermieden werden. Die Abkopplung der Geldmengen von der Entwicklung der Wirtschaftsleistung wird so auch bei Wachstumsraten um Null verhindert.
- Das Geld kann nahezu inflations- und deflationsfrei zirkulieren, selbst wenn die Wirtschaftsleistung nicht wächst oder sogar schrumpft.

Auswirkungen und Chancen von Liquiditätskosten in Form einer Gebühr sind bisher nicht ausreichend wissenschaftlich untersucht. Die Ergänzung des Notenbank-Instrumentariums um solche Durchhaltekosten auf Zentralbankgeld und täglich fällige Einlagen gilt es zu erforschen und experimentell zu erproben. Wenn eine Gebühr den Umlauf des Geldes selbst bei Inflationsraten und Kapitalmarktzinssätzen um Null verstetigen kann, hat dies ganz wesentliche, positive Auswirkungen auf unsere Gesellschaft und unsere Zukunft. ■



Warum eine Reform der Geld- und Ressourcenordnung?

Das herrschende Geldsystem verlangt Wirtschaftswachstum. Andernfalls kommt es zu Finanz- und Wirtschaftskrisen sowie zu massiven sozialen Verwerfungen. Um eine stationäre oder schrumpfende Wirtschaft auf friedlichem Wege zu erreichen, braucht es daher Korrekturen im Geldsystem sowie in der Nutzungsordnung unserer Lebensgrundlagen.

In Bezug auf das Geldsystem ist eine deflations- und inflationsfreie Währung bei einem langfristigen Niedrigst-Zinsniveau für Geldguthaben die entscheidende Grundlage für eine Gesamtwirtschaft, die kein Wachstum braucht. Dieses Zinsniveau ist das Mindestmaß der Renditeforderung jeder Geldanlage und sogar jeder unternehmerischen Tätigkeit. Denn in der Realwirtschaft wird letztlich jede Rendite erarbeitet. Daher hat eine sinkende Renditeerwartung Konsequenzen für das gesamte Arbeitsleben. Wenn die Dominanz der (Geld-)Rendite als Ziel unternehmerischer Tätigkeit nachlässt, gewinnen andere Ziele und andere Arbeitsinhalte an Bedeutung. Dies stärkt insgesamt die Vielfalt unternehmerischen Handelns.

Angesichts des dramatischen Verlusts an Naturqualität sind Reformen zum Schutz der Naturressourcen unerlässlich. Damit dieses Ziel im unternehmerischen Handeln wirkt, sind »richtige« Preise grundlegend. Preise dienen ja in den Unternehmen als Entscheidungsgrundlage in der Orientierung auf Effizienz. In Kenntnis der anhaltenden Abwälzung der Folgekosten von Produktion und Konsum, braucht es daher dringend eine Verteuerung des Naturverbrauchs.

Die Verteuerung macht sowohl eine Steigerung der Nutzungs-Effizienz als auch die absolute Senkung des Verbrauchs an Naturgütern erreichbar. Zugleich muss aber die Teilhabe aller Menschen gesichert sein. Im Zusammenhang mit den Änderungen im Geldsystem werden Reformen in Bezug auf die Naturressourcen-Ordnung noch dringender. Geldvermögen werden nämlich bereits jetzt verstärkt in knappe und daher zunehmend Rendite-trächtige Naturgüter wie Land und Rohstoffe investiert. Durch das angestrebte Sinken der Renditen von Geldvermögen würden diese Privatisierungen noch verschärft.

Positive Auswirkungen der Geldreform

Die Lenkung von Geldern, die die Eigentümer momentan selbst nicht benötigen, in länger-



Statt weiterhin in den Preisen enthaltene Kapitalkosten zu bedienen, sollten wir endlich Kostenwahrheit in Bezug auf den Naturverbrauch schaffen.

fristige Anlageformen sorgt für Stabilität im Kredit- und Einlagengeschäft. Sie dämpft die Spekulationsneigung, denn dafür sind große Mengen kurzfristig mobilisierbarer Mittel nötig. Insbesondere bei großen Summen liquider Mittel wird aber die Verteuerung spürbar. Für den einmaligen, nicht-spekulativen Erwerb eines Vermögensgutes ist dies nicht hinderlich, wohl aber für schnell wechselnden Kauf und Verkauf.

Die Nachfrage nach Gütern aus dem Produktionsstrom (BIP) wird verstetigt, denn die dafür benötigten eher kleineren Beträge werden der Gebühr wegen rascher ausgegeben. Die Gebühr sorgt daher für Dauerkonjunktur auf den Verbrauchsgüter-Märkten mit ihren positiven Folgen auf dem Arbeitsmarkt: Die Nachfrage nach Arbeitskräften steigt.

Das Nullzins-Niveau bei langfristigen Guthaben sorgt für eine sinkende Zinsbelastung der Volkswirtschaften und beendet den bisher zwangsläufigen Drang zu permanentem

Wachstum. Dies ist eine sehr wichtige Voraussetzung für sinkende Umweltbelastung.

Staatsanleihen zu null Prozent ermöglichen eine Haushaltssanierung und Schuldenabbau auch für stark überschuldete Staaten. Die Staaten erhalten wieder Handlungsspielraum. Stützungskäufe durch die Notenbanken werden überflüssig. Langfristig werden die Staatsaufgaben wieder hauptsächlich aus dem Steueraufkommen finanzierbar.

Die sinkende Belastung der Unternehmen und der öffentlichen Haushalte durch den Kapitaldienst schafft Spielraum für höhere Arbeitseinkommen, wo nötig. Dies ermöglicht Arbeitszeitverkürzung und begünstigt die »Entschleunigung« sowie den Abbau unerwünschter Erwerbslosigkeit.

Ohne Wachstumsdruck müssen

Unternehmen nicht mehr ihre Absatzmärkte vergrößern. Der »Behinderungs-Konkurrenzkampf« kann einem fairen Qualitäts-Wettbewerb und mehr Kooperation weichen. Niedrige Zinsen verändern außerdem die Diskontierung und unterstützen so Langfrist-Denken in Unternehmen. Ökologische Projekte rechnen sich endlich.

»Das Nullzins-Niveau bei langfristigen Guthaben sorgt für eine sinkende Zinsbelastung der Volkswirtschaften.«

Dringend notwendige gesellschaftliche Aufgaben können menschenwürdig entlohnt werden. Statt um die Befriedigung unersättlicher Finanzmärkte, geht es um die Erfüllung der Bedürfnisse von Menschen.

Wenn Geld inflationsfrei umläuft, schaden bis auf Null sinkende Guthabenzinsen auch nicht den Sparern. Diese beklagen heute gemeinsam mit ihren Banken und Versicherungen den drohenden Wertverlust der Sparguthaben und Lebensversicherungen, da die ge-

»Der »Behinderungs-Konkurrenzkampf« kann einem fairen Qualitäts-Wettbewerb und mehr Kooperation weichen.«

ringen Zinsen den Inflationsverlust kaum noch aufwiegen. Bei einer stabilen, inflationsfreien Währung ist der Werterhalt der Sparguthaben gewährleistet.

Positive Effekte der Reform der Ressourcenordnung

Die – möglicherweise temporär sogar erhöhte – Nachfrage nach Verbrauchsgütern und Dienstleistungen zeigt erneut die Notwendigkeit der Verteuerung der Naturnutzung: Andernfalls führt erhöhter Güterverbrauch unausweichlich zu erhöhtem Naturverbrauch. Die Verteuerung der Naturnutzung muss am Anfang der Produktionsketten geschehen, sonst wäre eine Unzahl von Verordnungen, Verboten oder Zuteilungen erforderlich: Wer darf an welcher Stelle in welchem Zeitraum durch welche Handlung wie viel Natur nutzen, Ressourcen verbrauchen oder schädliche Substanzen freisetzen?

Die Erfahrung mit der bisherigen Ökosteuern zeigt: Sie ist nicht wirksam genug, denn sie ist zu niedrig und es gibt zu viele Ausnahmen. Für die Wirksamkeit muss aber der Preis der Naturnutzung so lange erhöht werden, bis erforderliche Mengenziele eingehalten werden. Dies verhindert Rebound-Effekte, bei denen Effizienzsteigerungen durch erhöhten Verbrauch nutzlos werden. Diese Mengenziele kann nicht der Markt vorgeben, sondern nur die Gemeinschaft der Menschen.

Wirksame Ökosteuern sind jedoch heute politisch nicht durchsetzbar, weil sie eine zusätzliche finanzielle Belastung der Endkonsumenten darstellen, bis hin zum Ausschluss von der Nutzung lebensnotwendiger Güter. Gekoppelt mit der Verteuerung muss daher die Frage der Verwendung der Mittel, die durch die Verteuerung zusammenfließen, ge-

regelt werden. Unser Vorschlag ist: Die Abgabensumme soll direkt und gleichmäßig pro Kopf zurück ausgeschüttet werden.

Wie sieht das konkret aus?

Wer Boden oder andere natürliche Ressourcen nutzt, soll dafür ein laufendes Entgelt an die Allgemeinheit zahlen. Dies wird entweder durch ein Bieterverfahren oder durch Zahlung von Abgaben (»Ökosteuern«) erhoben. Die Zahlungen sollen gleichmäßig pro Kopf der (Welt-)Bevölkerung zurückverteilt werden. So könnten beispielsweise Einnahmen aus Bodennutzung eher lokal, aus Wasserrechten eher regional, aus Emissionszertifikaten für den Klimaschutz aber global ausgeschüttet werden. Jeder erhält auf diese Weise die Durchschnittszahlung (Summe der Entgelte geteilt durch die Anzahl der Nutzer) zurück. Wer – direkt oder indirekt – Naturgüter durchschnittlich nutzt (verbrauchte Menge geteilt durch die Anzahl der Nutzer), erhält somit genau soviel zurück, wie er oder sie bezahlt hat. Damit wird die durchschnittliche Nutzung kostenfrei. Das gleiche Anrecht jedes Menschen an der Nutzung der Naturgüter wird so erreichbar.

Die Durchsetzung ökologisch lenkender Steuern ermöglicht die Internalisierung der bis-

rer und daher weniger lukrativ. Reparaturfreundlichkeit von Produkten wird dagegen zu einem Wettbewerbsvorteil.

Zum Produzieren sind letztendlich Naturgüter und menschliche Arbeitskraft nötig. Die Verteuerung der Naturressourcen vergünstigt relativ die menschliche Arbeitskraft, ohne dabei ihren Preis (Arbeitslöhne) zu senken. Dies und die Stärkung der Recycling-Wirtschaft sowie der Reparaturfreundlichkeit steigert tendenziell die Nachfrage nach Arbeitskräften.

Die Produzenten geben die angestiegenen »Einstandspreise« der Naturgüter über die Produktpreise weiter. Dies führt zu unterschiedlicher Verteuerung der Endprodukte: Transportintensive Güter z.B. werden stärker verteuert als Güter aus regionaler Herstellung. Dies macht die letzteren und überhaupt die weniger Ressourcen-intensiven Güter für die Konsumenten attraktiver und unterstützt so die Änderung des Lebensstils. Die pro Kopf gleiche Rückzahlung begünstigt relativ die niedrigeren Einkommen. Da hier die Sparquote geringer ist als bei höheren Einkommen, sorgt auch dies für mehr Nachfrage in der Realwirtschaft – jedoch ohne die Naturressourcen stärker zu belasten! Denn hoher Verbrauch wird teuer.

Bei realen Preisen und Pro-Kopf-Rückverteilung rechnet sich ein schonender Umgang mit der Natur.



lang von den Verursachern auf andere abgewälzten Folgekosten. Produzenten entwickeln nun ein eigenes Interesse, die verteuerten Rohstoffe effizient zu nutzen und Produktionsabläufe entsprechend umzustrukturieren. Ein rascheres Umsteuern verhilft zunächst zu einem Wettbewerbsvorteil. Der Wettbewerb sorgt mittelfristig dafür, dass die »Pioniervorteile« eingegeben werden und sich die sparsamere Nutzung des Naturgutes als neuer Standard durchsetzt. Recycling-Wirtschaft wird lohnend(er). Die geplante Obsoleszenz (vorzeitiger Verschleiß) wird teu-

Die direkte Rückausschüttung stärkt global wie lokal das individuelle Interesse, Naturgüter unterdurchschnittlich zu nutzen. Nur dann nämlich bildet die Ausschüttung eine echte Nettoeinnahme, die die »Verschwender« bezahlen. Ganz ohne »gläserne Verbraucher« wird so ein nachhaltiger Lebensstil befördert. Die Maßnahmen sind von dem Gedanken getragen, dass die Erde als Erbe der gesamten Menschheit anzusehen ist. ■

Alwine Schreiber-Martens, Mathematikerin in Rente, ist seit 1999 INWO-Mitglied.

Geld und Geldmenge, Zinsen und Inflation

Definitionen von Geld und Geldmenge und der damit verbundenen Größen sind ein schwieriges Thema. Welche Rolle spielen dabei die Zinsen? Und sollten die Zentralbanken weiterhin die Währung inflationieren? Helmut Creutz bringt Licht in die Entwicklungen, die Größenordnungen und die damit verbundenen Probleme.

Der Versuch, die Geldmenge zu definieren, treibt akribische Experten an den Rand der Verzweiflung. Denn es gibt keine klare Trennungslinie im Kaleidoskop der Anlagen, die es ermöglichen würde, genau den Punkt festzulegen, an dem sich Geld von anderen Anlagen scheidet.« Deutsche Bundesbank, Monatsbericht Januar 1992

Wie aus dem Zitat hervorgeht, sind Definitionen von Geld und Geldmenge und der damit verbundenen Größen kein einfaches Thema! Belastet nicht nur durch die Bankenkrise und deren Folgen, sondern heute auch durch Verknüpfungen mit Geldschöpfungen der Banken und daraus resultierenden riesigen Bankgewinnen! – Um hier etwas Durchblick zu gewinnen, ist es sinnvoll, zuerst einmal zwischen Geld und den Ergebnissen seiner Nutzung zu unterscheiden. Das heißt, als »Geld« alleine das zu bezeichnen, was auch der Bürger normalerweise darunter versteht. Also jenes Medium, das – nach der Definition der Deutschen Bundesbank – als »einziges gesetzliches Zahlungsmittel« gilt, »unter Annahmewang steht« und dessen Nachahmung bzw. Fälschung »mit Gefängnis nicht unter zwei Jahren« geahndet wird: das jeweils von den Zentralbank in Umlauf gegebene Bargeld!

Diese klare Abgrenzung ist wichtig, weil die Menge dieses Geldes – also des Bargelds – so gesteuert werden muss, dass seine Kaufkraft – als wichtigster Maßstab aller Wirtschaftsvorgänge! – wenigstens einigermaßen stabil bleibt. Auch wenn man, nach der Definition der EZB, darunter heute »eine Inflation von unter, aber nahe zwei Prozent« versteht, also eine geringe ständige Entwertung des Geldes, auf die man heute, zur Sicherung des Geldumlaufs, immer noch nicht verzichten kann!

Alleine schon diese auf das Bargeld bezogene Kaufkraftstabilität sollte eigentlich deutlich machen, dass alle anderen Größen, die sich aus den ständig wiederholbaren Ver-

wendungen dieses Geldes addieren lassen – ob zum Kaufen, Verleihen oder Verschenken genutzt – im strengen Sinn kein Geld sind. Auch mit den Rückführungen des Geldes in den Kreislauf über Ersparnisse vermehrt sich niemals die Geldmenge, sondern nur deren Nutzungshäufigkeit. Außerdem sorgen wir damit für die Schließung jener Nachfrage-Lücken, die ansonsten, bei jeder Geldansammlung in unseren Händen oder bei den Banken, entstehen würden. Ohne diesen möglichst kontinuierlichen Rücktransfer der Ersparnisbildungen über Dritte in den Kreislauf könnte eine Volkswirtschaft also gar nicht funktionieren!

Die Größen der Geldersparnisbildungen und Geldguthaben

In der Darstellung 1 sind, bezogen auf die Bundesrepublik und die Zeit von 1950 bis 2012, die verschiedenen Arten der Guthaben- bzw. Geldvermögensbildungen bei den Banken übereinander eingetragen, die sich vor allem durch ihre Kündigungsmöglichkeiten und Verzinsungen unterscheiden. Dabei sind die Entwicklungen der wichtigsten Größen in Mrd. Euro auch der Tabelle in der Grafik zu entnehmen, während sie in der Grafik selbst in Prozenten der Wirtschaftsleistung umgerechnet wiedergegeben sind.

Diese Wiedergabe in BIP-Prozenten wurde gewählt, um die nominellen Größen, die in den 62 Jahren auf fast das 500-fache(!) angestiegen sind, nachvollziehbarer zu machen. Außerdem lassen sie sich in BIP-Prozenten auch größenmäßig besser beurteilen. So geht z. B. auf einen Blick aus der Grafik hervor, dass die gesamten Bankeinlagen und Kredite 1950 noch bei weniger als der Hälfte der Leistung unserer Volkswirtschaft lagen, Anfang der 70er Jahre diese Größe überschritten und 2010 fast schon das Dreifache derselben erreichten! Das aber bedeutet: Die gesamten Ersparnisbildungen und deren Ansammlungen bei den Banken sind in den vergangenen 62 Jahren rund sieben Mal schneller als unsere Wirtschaftsleistung angestiegen! Ein Tatbestand, der die Fragwür-

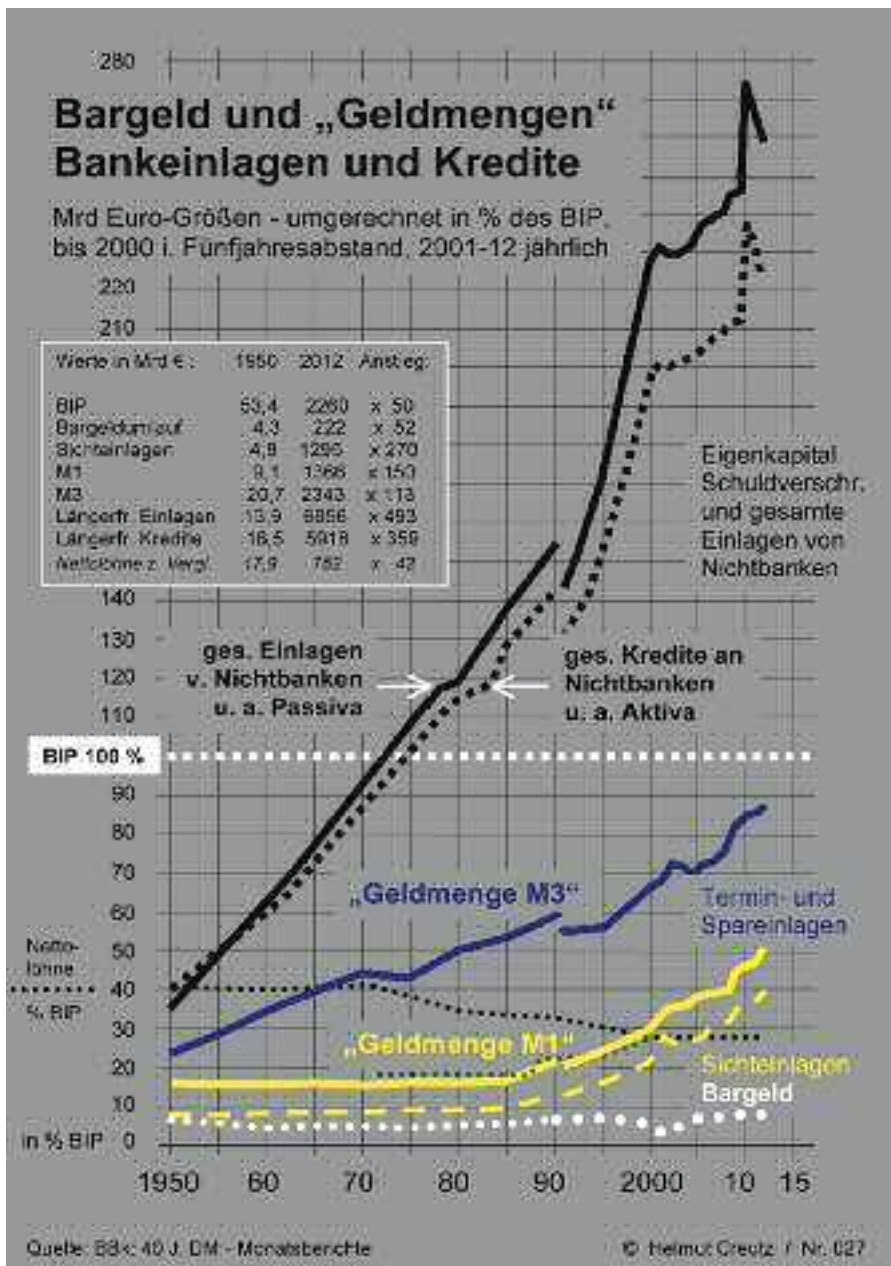
digkeit dieser Entwicklungen und ihrer Fortsetzung ebenso deutlich macht wie die daraus resultierenden Krisen.

Die Zusammensetzung der Bankeinlagen

Wie den rechts in der Grafik eingetragenen Bezeichnungen zu entnehmen, bauen sich die unterschiedlichen Ersparnisbildungen durchweg nach ihren Einlagefristen aufeinander auf: Zuerst also die täglich kündbaren Sichteinlagen der Bankkunden, die – anfangs lange Zeit fast auf gleich bleibender Höhe von etwa 8% des BIP verbleibend – erst seit Mitte der 80er Jahre bis 2012 von den Bankkunden auf 38% des BIP ausgeweitet wurden, während sich die gesamten Bankeinlagen ab 1950 von rund 40% auf fast 280% des BIP addierten!

Zusätzlich zu diesen stetig wachsenden Geldguthaben-Beständen, ist im unteren Bereich der Grafik die Bargeldmenge eingetragen. Wie erkennbar, ist dieses Bargeld, gemessen an der Wirtschaftsleistung und im Gegensatz zu allen Ansammlungen daraus bei den Banken, eine weitgehend fast gleich bleibende nominelle Größe von etwa 6 bis 8 Prozent des BIP. Sie wurde nur um 2001 und aufgrund des DM/Euro-Umtauschs kurzfristig einmal deutlicher reduziert. Ein Vorgang, der bei den eingetragenen Sichteinlagen zu einer entsprechenden Erhöhung führte.

Diese von der Bundesbank ausgegebene Bargeldmenge gehört nicht zu den Bankeinlagen, sondern zur Zentralbankgeldmenge, bzw. der »Geldmenge M0«, mit der auch noch die von den Banken bei der Zentralbank zu haltenden Mindestreserven erfasst werden. Die Banken selbst halten – weil dieses Bargeld Geld in Form von Zinsen an die Zentralbank kostet – nur ganz geringe Bargeldbestände in ihren Kassen, die außerdem bereits ihrer Mindestreserve zugerechnet werden und die darum, aus Sicht der Banken, eigentlich nur ein durchlaufender kostenträchtiger »Fremdkörper« und damit eine Dienstleistung für die Kunden sind.



Zusätzlich eingetragen sind in der Grafik auch noch die fragwürdigen Zusammenfassungen von Geld und Guthabenbeständen, die man bekanntlich unter dem Begriff »Geldmengen« addiert. So z. B. bei der »Geldmenge M1« das Bargeld mit den Sichtguthaben der Bankkunden, sowie bei der »Geldmenge M3«, zusätzlich noch mit deren Spar- und Termineinlagen. Die nur geringfügig davon abweichende so genannte »Geldmenge M2« wurde nicht eingefügt.

Diese Zusammenfassungen von Bankeinlagen der Bürger mit dem Bargeld in ihren Taschen als »Geldmenge M1« ist ebenso bekannt wie irreführend. Denn auch die Bestände auf den Sicht- oder Giroguthaben sind kein Geld, sondern immer nur die Bestätigung dafür, dass man in deren Höhe den Banken Geld zum Weiterverleihen überlassen hat. Und

dass man mit Hilfe von Sichtguthaben-Übertragungen Forderungen ausgleichen kann, ohne Geld abheben und wieder einzahlen zu müssen, ist zwar eine Zahlungsmöglichkeit, die das Leben in vielen Fällen vereinfacht, aber uns keinesfalls ermöglicht, aus unseren Einkünften »mehr Geld« zu machen. Denn auch unsere unbaren Zahlungsvorgänge werden zwischen den Banken mit Zentralbankgeld verrechnet, wenn auch nur am Ende des Tages in Höhe der verbleibenden Differenzen. Notfalls mit Hilfe von Übernachtkrediten von der Zentralbank!

Betrachtet man nun noch einmal die Gesamtentwicklungen der Einlagen und Kredite in der Darstellung 1 auf fast das Dreifache der Wirtschaftsleistung in den vergangenen 62 Jahren, dann hängt der sichtbar werdende Einbruch um 1991 damit zusammen, dass bei

der Vereinigung der beiden deutschen Staaten die Geldvermögens-Zugewinne geringer waren als die Zugewinne des BIP. Und die übermäßig ansteigenden Entwicklungen in den 90er Jahren – ebenso wie die Einbrüche am Ende des Jahrzehnts – hingen vor allem mit den Folgen der ausufernden Spekulationsentwicklungen im Bereich der Börsen und Banken zusammen. Der steile Anstieg der Gesamteinlagen und -kredite Ende 2010 ist dagegen durch die Einbeziehung der bei den Banken gehaltenen Derivate in die Bankbilanzen entstanden.

Erkennbar wird aus der Grafik ebenfalls, dass – abgesehen von den ersten Umstellungsjahren nach 1948 – die Einlagen der Nichtbanken immer deutlich über den daraus vergebenen Krediten gelegen haben, was in Anbetracht der notwendigen Reservehaltungen der Banken sachlich auch kaum anders möglich sein kann.

Wie kommt es zu dem Überwachstum der Bankeinlagen?

Auch in einer Wirtschaft ohne Zinsen würden sich die Ersparnisse der Haushalte unterschiedlich entwickeln, alleine schon aufgrund der Einkommens-Unterschiede. Doch diese normalen Sparvorgänge aus Arbeitseinkommen spiegeln nur einen Bruchteil der tatsächlichen Vermögens-Entwicklungen unserer Tage wider. Denn je länger ein Betrag bei der Bank liegt, umso mehr wächst dieser heute »von alleine« weiter an! Und das ist einmal durch die Zinsgutschriften der Fall, den die Banken heute den Sparern – als eine Art Leihgebühr oder Freigabe-Belohnung – für die Dauer ihrer Einlage zahlen. Doch lässt man – wie meist üblich – diese Zinsgutschriften auf den Einlagen stehen, dann werden auch diese – zumindest ab dem zweiten Jahr – wiederum mit verzinst! Und durch diesen anfangs fast unscheinbaren Prozess kommt es dann jedoch, im Laufe der Jahre und Jahrzehnte, zu jener märchenhaften Selbstvermehrung der Geldeinlagen, die wir als Zinseszins-effekt bezeichnen. Auch wenn dieser Effekt am Anfang kaum messbar sein mag, erreicht er im Laufe der Zeit immer größere und schließlich sich fast explosiv entwickelnde Dimensionen! Ein Prozess, den Bert Rürup einmal als »achtes Weltwunder« bezeichnet hat und der auch schon einem Zitat der Deutschen Bundesbank im Oktober-Monatsbericht 1993 zu entnehmen war:

»Insgesamt entsprachen Zinsen und Dividenden 1992 rund vier Fünfteln des zur gleichen Zeit neu gebildeten privaten Geldvermögens; im Durchschnitt der fünfziger Jahre hatte diese Relation erst ein Sechstel betragen. Diese Gegenüberstellung ... deutet darauf hin, das die wachsende Ersparnis auf

Geldvermögen, BIP und Nettolöhne in D 1950 bis 2010 - Entwicklung in nominellen Größen und im Vergleich mit den Bankzinsverträgen - alle Werte in Mrd Euro



Geldvermögen	51	159	455	1207	2770	5475	7925
Bruttoinlandsprod.	50	145	345	789	1307	2043	2485
Nettolöhne u.-geh.	17	58	122	253	395	570	689
Bankzinsverträge	1,3	7	25	68	174	370	262

Quelle: Bundesbank, Monatsberichte - Sonderveröff. 4 © Helmut Creutz - Nr. 110 a

längere Sicht auch eine Folge der Selbstalimentation durch steigende Erträge ist.

Etwas verständlicher ausgedrückt: Diese wundersame zinsbedingte »Selbstalimentation« der Geldvermögen, die in den 50er Jahren erst bei 17% der Neuersparnisbildungen lag, hatte Anfang der 90er Jahre bereits einen Anteil von 80% erreicht! Und das wiederum heißt, aus dieser »Quelle« stammten schon vor zwanzig Jahren fast die gesamten Ausweitungen der Geldvermögen. Und das als Durchschnittswert bezogen auf sämtliche Geldvermögen, deren Verzinsung sich außerdem auch noch auf alle in der Wirtschaft eingesetzten Sachwerte überträgt!

Doch da auch beim Geld und den Ersparnissen »nichts vom Himmel fällt«, heißt das konkret: Die gesamten zinsbedingten Überentwicklungen unserer ständig wachsenden Geld- und Sachvermögen, müssen von uns allen mit unseren Ausgaben laufend jeden Tag aufgebracht werden, ohne dass dieser Tatbestand an den Preisen ausgewiesen wird oder sonst zu entnehmen ist!

Das besonders Problematische bei diesen automatischen Geldvermögens-Selbstvermehrungen ist jedoch, dass sich diese Einnahmen aus dem Zinseszinsseffekt in der Realität zu-

nehmend bei einer immer kleineren und reicher werdenden Minderheit konzentrieren. Und während es vor 15-20 Jahren noch die Millionäre waren, über deren Zunahmen man jährlich Erstaunliches lesen konnte, sind es inzwischen die oft schon märchenhaft anmutenden Berichte von den sich alle paar Jahre verdoppelnden Milliarden! Nur den radikalen Zinssenkungen der Zentralbanken in den letzten zehn Jahren haben wir es zu verdanken, dass der Kollaps unseres Geld- und Wirtschafts-Systems noch einmal etwas aufgeschoben werden konnte.

Ab wann beginnen die Zinsgewinne?

Verständlich, dass es die meisten Leser bisher wahrscheinlich beruhigt hat, dass auch ihnen jedes Jahr auf ihrem Sparbuch Zinseinkünfte gut gebucht werden, was sie – wenn auch auf kleinerer Flamme – auch heute meist noch als Gewinn empfinden. Doch einen solchen Gewinn fahren sie über diese Zinsgutschriften in Wirklichkeit erst dann ein, wenn diese ein Drittel ihrer gesamten Jahresausgaben übersteigen. Also damit jenes Drittel ersetzen, das sie im Durchschnitt mit allen Ausgaben im gleichen Zeitraum als Zinsen zahlen mussten, auch wenn dieser Satz in den einzelnen Preisen höchst unterschiedlich ist. Das wird alleine schon bei den Wohnungsmieten deutlich, die durchweg zu 60% aus Zinsen bestehen! Nicht weil die Vermieter besonders habgierig sind, sondern weil hier die Kapitalkosten in den Mietberechnungen, aufgrund der langen Lebensdauer der Gebäude, der dominierende Kostenfaktor sind.

Und wie aus der im unteren Teil der Darstellung 1 zusätzlich schwarz punktiert eingetragenen Nettolohn-Entwicklung zu entnehmen, ist diese wohl wichtigste Einkommens-Schlüsselgröße für die meisten Bürger, zwischen 1970 und 2000, auch noch von 40% auf 28% der Wirtschaftsleistung zurückgefallen! Das sogar trotz relativer Zunahme der Beschäftigtenzahlen.

Die langfristige Entwicklungen in Milliarden Euro-Werten

In welchem unterschiedlichen Maße sich die entscheidenden Größen in unserer Gesellschaft in den vergangenen Jahrzehnten in Milliarden-Beträgen auseinanderentwickelt haben, geht aus der Darstellung 2 und den darunter eingetragenen nominellen Werten hervor. Auch wenn bei dieser Darstellung zu Beginn fast alle Größen zusammenfallen, werden die sich anschließenden Auseinander-Entwicklungen umso deutlicher!

Wiedergegeben bis 2000 im Zehnjahres-Abstand und danach jährlich, wird aus der Grafik vor allem die Überentwicklung der gesamten Geldvermögen auf das 256-fache ihrer Ausgangsgröße deutlich. Das vor allem gegenüber der Wirtschaftsleistung, deren Zuwachs »nur« beim 50-fachen lag. Noch geringer war der Zuwachs der Nettolöhne, die nur auf das 41-fache zunahmen. Dagegen sind die Bankzinsverträge, trotz Schwächung durch die deutlichen Zinssatz-Reduzierungen im letzten Jahrzehnt, von 1950 bis 2010, auf das 202-fache anstiegen und hätten ohne Krise und Absenkung der Zinssätze im vergangenen Jahrzehnt inzwischen die Lohngröße wahrscheinlich schon erreicht oder überstiegen! Doch die Annahme, dass mit den im letzten Jahrzehnt erreichten Zins-Absenkungen den monetären Überentwicklungen auf Dauer entgegengewirkt werden kann, ist – wie aus dem nur zu etwas gebremsten Anstieg im letzten Jahrzehnt zu entnehmen – keinesfalls anzunehmen. Durch den Zinseszinsseffekt, dem heute alle Geldvermögen unterliegen, verdoppeln sich selbst bei nur 3% Verzinsung die heutigen Bestände in 24 Jahren noch einmal!

Die Zinsgrößen bezogen auf die Bankbilanzen

Auch zu diesem speziellen Thema lohnt sich eine etwas genauere Betrachtung. Das besonders vor dem Hintergrund oft verwirrender Auffassungen, die manchmal sogar in diesen gesamten Zinseinnahmen unrechtmäßige Gewinne oder gar Geldschöpfungen der Banken sehen.

Ausgehend von den jährlichen Erfassungen der gesamten Bankgeschäftsergebnisse durch die Bundesbank, lässt sich aus der Darstellung 3 dieser bereits angesprochene Überanstieg der Bankzinsverträge und -aufwendungen auch entnehmen: 1968 erst bei 15 Mrd liegend, stiegen diese – wenn auch mit Inflationsbedingten Schwankungen – bis 2001 auf 382 Mrd und damit auf das 25-fache an. Dem ersten Einbruch nach 2001 folgte dann 2008 der bisherige Höchststand der Bankzinsverträge mit 433 Mrd, dem allerdings bis 2010 ein radikaler Einbruch auf 262 Mrd folgte.

Eine ähnliche Entwicklung ergibt sich, wenn man diese Bankzinsverträge – wie in der mittleren Kurve in der Grafik – in Prozenten des

jeweiligen BIP und damit als Zinslastquote umrechnet.

Die dritte untere Doppelkurve gibt dann diese Zinserträge noch einmal in Prozenten der Bank-Bilanzsumme wieder, wobei die obere Kurve für die Zinsentnahmen der Banken steht und die untere für die Zinsauszahlungen an die Sparer. Die sich aus der Differenz beider Größen ergebenden und bei den Banken verbleibenden Bankmargen, die in den ersten Jahrzehnten weitgehend bei zwei Prozent der Bilanzsumme lagen, sind in den letzten 15 Jahren fast auf die Hälfte abgesunken! So stand z. B. 2012 der Bilanzsumme aller deutschen Banken in Höhe von 9.342 Mrd ein erwirtschafteter Zinsüberschuss von 92 Mrd gegenüber. – Einnahme-Verluste der Banken, die vor allem zu Einsparungen bei den Beschäftigtenzahlen führten, die man durch Automaten usw. ersetzte.

Von den manchmal verbreiteten hohen Zinsgewinnen der Banken ist also in der Realität nicht viel zu finden. Bedenkt man, dass die Kosten der Banken weitgehend von erwirtschafteten Zinsüberschüssen abhängen, werden deren Schwierigkeiten erkennbar, mit denen sie in den letzten Jahren konfrontiert waren und die sie häufig auch durch Ausweitungen spekulativer Bankgeschäfte auszugleichen versuchten. Und das nicht zuletzt vor dem Hintergrund der fast explodierenden Kundeneinlagen, die vor allem aus deren Zins-einnahmen resultieren.

Resümee

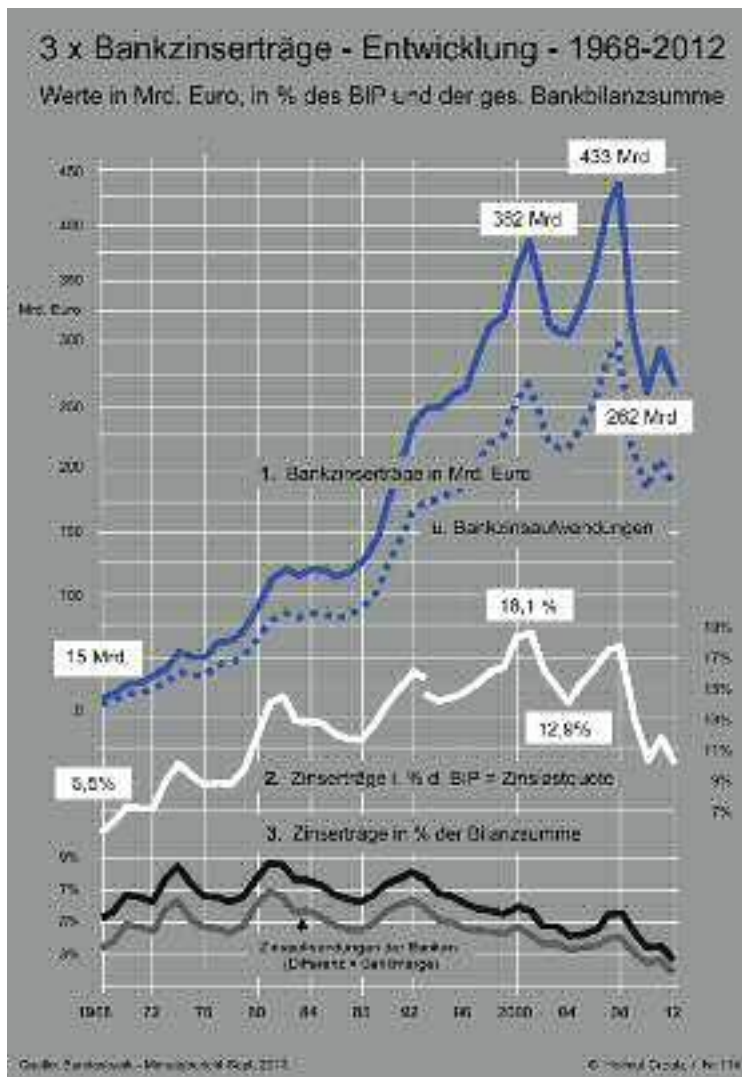
Fasst man die Ergebnisse aller Grafiken zusammen, dann kann man nur den Maßnahmen der Zentralbanken dankbar sein, die mit ihren radikalen Senkungen der Leitzinsen – und damit auch derjenigen im Bankenbereich – den drohenden Zusammenbruch bisher vermeiden konnten. Aber eine wirkliche Überwindung der in unserem Geldsystem immanenten Gefahren, ebenso wie der daraus resultierenden sozialen und ökologischen Folgen, lässt sich nur mit einem umverteilungsneutralen Geld erreichen, also einem Geld, mit dem nur die Leistung und nicht der Besitz belohnt und damit der Reichtum nicht mehr ins Unermessliche gesteigert wird.

Kurz: in einer Wirtschaftsordnung, in der der Zins nur als Knappheitspreis eine jeweils vorübergehende Belohnung darstellt, ansonsten jedoch weitgehend um den Nullpunkt pendelt.

In Frage zu stellen ist auch, dass Notenbanken, die für die Stabilität des Geldes sorgen sollen, zur Steuerung der Geldmenge an der »Inflationsschraube« drehen, anstatt dafür zu sorgen, dass die Bürger ihr übriges Geld auch ohne Zinsforderung freigeben, zumindest in weitgehend gesättigten Marktwirtschaften! Denn Geld ist, als ein »Öffentliches Gut«, die wichtigste Einrichtung im Marktgeschehen. Eine Einrichtung, die jeder nutzen, aber nicht zur Zins- und Inflationsschraube knapp halten oder gar blockieren darf. Und so wie bei den öffentlichen Parkplätzen die Blockierung durch Gebühren eingegrenzt

wird, ist dies auch beim Geld erforderlich. »Wer Geld einsperrt, sperrt Arbeiter aus«,ieß bereits eine Parole in den 1920er Jahren.

Doch anstatt die Blockierungen des Geldes durch Geldhaltegebühren auf ein erträgliches Maß zu minimieren, drehen die heutigen Notenbanken, zur Sicherung des Umlaufs, immer noch an der Zins- und Inflationsschraube! Arbeiten also immer noch nicht mit jenen Lösungen, die bereits vor rund hundert Jahren von Silvio Gesell vorgeschlagen und u. a. auch von John Maynard Keynes mehr-



fach als richtige Maßnahmen bestätigt wurden. Dabei würde sich eine solche konstruktive Umlaufsicherung, angesichts des technischen Fortschritts, inzwischen sogar auf relativ einfache Weise umsetzen lassen. Z. B. durch Magnetstreifen in den Geldscheinen, die den täglich, wöchentlich oder monatlich zunehmenden Geldhalte-Abschlag und damit die gültige Kaufkraft jedes Geldscheins wiedergeben würden. ■

Helmut Creutz

» ... ein wenig Überlegung wird zeigen, was für gewaltige gesellschaftliche Änderungen sich aus einem allmählichen Verschwinden eines Verdienstsatzes auf angehäuftem Reichtum ergeben würden. Es würde einem Menschen immer noch freistehen, sein verdientes Einkommen anzuhäufen, mit der Absicht, es an einem späteren Zeitpunkt auszugeben. Aber seine Anhäufung würde nicht wachsen ... Unter solchen Voraussetzungen würde ich schätzen, dass ein richtig geleitetes, mit modernen technischen Hilfsmitteln ausgerüstetes Gemeinwesen, dessen Bevölkerung nicht sehr rasch zunimmt, in der Lage sein sollte, innerhalb einer einzigen Generation die Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals im Gleichgewicht auf ungefähr Null herunter zu bringen.« (John Maynard Keynes)

Das Ende des Geldes?

Interview mit Thomas Greco



Herr Greco, in Ihrem letzten Buch, *The End of Money and the Future of Civilization*, behaupten Sie, dass Geld, wie wir es kennen, obsolet werden wird. Sie vertreten aber nicht einfach eine »bargeldlose Gesellschaft«, oder?

Wenn Sie mit »bargeldlose Gesellschaft« bargeldlose Währung meinen, nein, das ist nicht das, was ich meine. Worauf es mir ankommt, ist das Ende des zentral von den Zentralbanken und Regierungen kontrollierten Geldes und das Ende von Geld, das als »Ding« verstanden wird. Wir realisieren langsam, dass Geld nichts weiter als ein Informationssystem ist, und somit brauchen wir auch nichts weiter zu tun, als darüber Buch zu führen.

Was ich als Zukunft sehe, ist ein zunehmender Wettbewerb privater Initiativen auf dem Gebiet des Zahlungsverkehrs. Bislang sind die meisten Menschen nur in der Lage, das eine Zahlungsmittel zu sehen, nämlich die nationale Währung, wie den Dollar oder den Euro und all die anderen.

Das Problem ist, dass diese Währungen von Banken und Regierungen monopolisiert und manipuliert wurden, um ihren eigenen Zwecken zu dienen, und nicht dem Wohl der Gesellschaft.

Doch wir haben mittlerweile genug gelernt, um zu begreifen, dass Zahlungen nicht durch Währungen Dritter vermittelt werden müssen.

Sie sagen also, dass unsere gesetzlichen Zahlungsmittel gar nicht unsere Währung sind?

Geld hat in den letzten drei Jahrhunderten schwerwiegende, aber weitgehend unbeachtete Veränderungen erfahren. Es ist zu einem politischen Instrument geworden, das benutzt wird, um Macht zu zentralisieren, Reichtum zu konzentrieren und die Herrschaft des Volkes zu untergraben. Was eigentlich gesichert wird, ist das globale auf Wucher beruhende Schuldgeld-Regime, eine unheilige

Allianz zwischen Politikern und führenden Banken, das es staatlichen Regierungen erlaubt, weit über ihre Steuer- und anderen Einnahmen hinaus Ausgaben zu tätigen, und somit die Demokratie und den Willen des Volkes zu hintertreiben, während sie es Finanzinstitutionen ermöglichen, unseren kollektiven Kredit zu privatisieren und uns Zinsen dafür zu berechnen, Zugang dazu zu bekommen.

vom Warengeld und symbolischen Geld zum Kreditgeld, zunächst in Form von Papiergeld, später als Buchgeld. Wir müssen begreifen, dass die grundlegende Erscheinungsform des modernen Geldes der Kredit ist.

Wenn Sie zur Bank gehen und sagen »Ich möchte 100.000 Euro leihen«, dann wird die Bank Ihre Sicherheit nehmen und den Kre-



Guthaben und Kredit sind zwei Seiten einer Medaille. Jede/r braucht im Leben mal das eine und mal das andere. Warum lassen wir es dann zu, dass in den nationalen Währungen die Kreditvergabe monopolisiert wird und nur gegen Zahlung von Zinsen erfolgt?

Was meinen Sie mit »unseren kollektiven Kredit privatisieren«?

In der Entwicklung des wirtschaftlichen Austauschs hat es einige evolutionäre Schritte

»Banken halten den Mythos aufrecht, dass Geld ein »Ding« zum Verleihen wäre.«

gegeben: Tauschhandel, Warengeld, symbolisches Geld und Kreditgeld. Die aktuellste, große Geldtransformation war der Übergang

ditvertrag unterschreiben. Das stellt dann in ihren Büchern einen Aktivposten von 100.000 Euro dar, und gleichzeitig macht sie einen entsprechenden Eintrag auf der Passiv-Seite als Gutschrift auf Ihrem Konto, mit dem gleichen Betrag von 100.000 Euro.

Indem die Bank zwei Buchungen gemacht hat, hat sie 100.000 Euro geschaffen. Das fällt Leuten schwer zu verstehen, denn es scheint zu einfach, um wahr zu sein. Doch es ist Tatsache, es ist weltweit Fakt, dass frisches Geld auf diesem Wege in Umlauf kommt. Wir haben ein Geldsystem, das auf der Entstehung von Schulden beruht.

Ich vermute, das Problem liegt jedoch nicht in der Schöpfung auf dem Kreditweg an sich?

Nein, das Problem ist der Zins ... Eine Schuld wächst im Verlauf der Zeit; die geschuldete

Summe wird größer durch die Summe an Zinsen, die wir mit der Zeit bezahlen müssen.

Wenn Sie eine Hypothek aufnehmen, z.B. 100.000 Euro zum Kauf eines Häuschens, und Sie brauchen zwanzig oder dreißig Jahre Zeit, um das abzubezahlen, dann werden Sie am Ende das Haus zwei- oder dreimal bezahlt haben. Somit ist ein Schuldenwachstumswang im Geldsystem eingebaut. Dieser Schuldenwachstumswang setzt zugleich die ganze Wirtschaft unter Wachstumswang.

»Man privatisiert den Kredit der Menschen und ›leih‹ ihn gegen Zinsen an sie zurück.«

Weil Kreditnehmer – Unternehmen, Privatleute und Regierungen – im Laufe der Zeit mehr zurückzahlen müssen, als sie ursprünglich ausgeliehen haben, müssen die Banken mehr Geld schöpfen, indem sie zusätzliche Kredite vergeben. Sie vergeben die Kredite entweder an den Privatsektor oder an die Regierungen, dies indem sie Staatsanleihen kaufen, um auf diese Weise die Geldversorgung ausreichend in die Höhe zu treiben, um so Zusammenbrüche und deflationäre Rezessionen zu vermeiden.

Der große Entwicklungssprung, den das Kreditgeld repräsentierte, wurde also – und wird immer noch – von einem Bankenkartell pervertiert, das es, ausgerüstet mit von den Regierungen garantierten Privilegien, erlaubt, den Produzenten-Kunden ihren Reichtum wegzunehmen. Unter diesem Regime wird der Kredit der Bevölkerung privatisiert und ihr gegen Zahlung von Zinsen zurück »geliehen«.

Wenn das Konto eines Kunden ins Minus gehen darf, indem ihm ein Überziehungsrahmen eingeräumt wird, betrachtet die Bank dies als »Leihgabe« und wird dafür Zinsen berechnen.

Indem anfangs Kredite im Überfluss gewährt werden, dann aber die Kreditversorgung eingeschränkt wird, ermuntern Banken Menschen und Unternehmen dazu, Kredite aufzunehmen, um sie danach in den Bankrott und in die Zwangsvollstreckung zu treiben.

Und die Rolle der Regierungen hierbei ...
Es gibt zwei schädliche, ja man kann sagen: parasitäre, Elemente in unserem Geldsystem.

Auf der einen Seite haben wir die Zinsbelastung, die die Banken den Schuldnern für die Nutzung von unser aller Kredit auferlegen. Und auf der anderen Seite haben wir die Inflation, die verursacht wird, indem die Staatsschulden vom Bankensystem in Geld umgewandelt werden.

Margrit Kennedy hat vor Jahren ein Buch geschrieben, das hieß »Geld ohne Zinsen und Inflation«. Das war ein wirklicher Meilenstein! Sie hat dargelegt, wie alles in der Wirtschaft seinen Preis hat, auch die Staatsverschuldung: in Form von Zinsen und Inflation.

Margrit Kennedy hat viel von Helmut Creutz gelernt. Dieser hat, wie kein anderer vor ihm, insbesondere die Umverteilungseffekte des Zinses analysiert.

Das ist einer der funktionsschädlichen Aspekte des gegenwärtigen Geldsystems, das Geld von den unteren Schichten zu den bereits Reichen pumpt und die Reichen reicher und die Armen ärmer macht. Aktuell sehen wir, wie die Mittelschicht sehr leidet, sowohl in Europa als auch in den USA, während den Finanzinstitutionen von den Regierungen aus der

Klemme geholfen wird und die Staaten immer weiter in die Verschuldung geraten, und die Notenbanken diese Schulden in Geld umwandeln ... So werden diese Währungen inflationiert. Die FED, die Bank of England, die EZB und die Bank of Japan, sie alle monetisieren einen Großteil dieser Schulden.

In Europa sind es zurzeit eher die Deflationsängste, die zunehmen.

Inflation und Deflation sind falsch verstandene Phänomene. Ich definiere Inflation als das Schöpfen von Geld auf falscher Basis. So ist es eine ungeeignete Basis, Staatsschulden zu monetisieren, um Geld zu schöpfen, das ist Inflation. Was fast alle Leute unter Inflation verstehen, ist ein genereller Anstieg der Preise von Gütern und Dienstleistungen, das ist jedoch eine Folge der Währungs-inflation.

Auf der anderen Seite ist Deflation eine Reduktion der Gesamtversorgung mit Geld. Das ist etwas, was in der modernen Gegenwart selten vorkommt. Deflation ist nicht das Gleiche wie wirtschaftliche Depression. Eine wirtschaftliche Depression tritt ein, wenn die Emitenten das Geld denen geben, die es nicht



Thomas H. Greco Jr.

(geb. 1936) erwarb u.a. einen Master of Business Administration (MBA) der Universität Rochester und lehrte 14 Jahre lang Ökonomie, Finanzen, Statistik, Unternehmensführung und Kalkulation als Mitglied der betriebswirtschaftlichen Fakultät des Rochester Institute of Technology.

1979 wurde er selbständiger Berater und Gemeinschaftsaktivist. Von 1981 bis 1990 wirkte er als Kurator, später als Präsident der School of Living, die »dezentrale, ökologisch einwandfreie, autonome und menschliche Gemeinschaften« förderte. Als regelmäßiger

Autor der Fourth World Review, einer Zeitschrift zur Förderung kleiner, selbstverwalteter Gemeinschaften, organisierte Greco 1987 das »Fourth World Assembly and New Economics Symposium« in San Francisco.

Er reiste weltweit, um Geldprojekte in den Vereinigten Staaten, Mexiko und Südamerika, Europa, Indien, Indonesien, China und Neuseeland zu fördern und zu unterstützen.

Greco hat vier Bücher über Geldtheorie und über die Frage verfasst, wie alternative Währung Gemeinschaften stärken kann:

- The End of Money and the Future of Civilization, Chelsea Green 2009. Auch bei Books. Google, ISBN 1-60358-078-6.
- Money: Understanding and Creating Alternatives to Legal Tender, PDF, Chelsea Green 2001. Auch bei Books. Google, ISBN 1-890132-37-3.
- New Money for Healthy Communities, im Selbstverlag 1994.
- Money and Debt: A Solution to the Global Crisis, im Selbstverlag 1990.

Er betreibt außerdem zwei Internetseiten:

<http://reinventingmoney.com> and <http://beyondmoney.net>

ausgeben. Das meiste zusätzliche Geld geht an Finanzinstitute, die versuchen es dazu zu nutzen, noch mehr Geld zu machen. Daher haben wir Aktienblasen und Immobilienblasen – und zur gleichen Zeit gehen kleine Unternehmen bankrott und entlassen Firmen Mitarbeiter. Und aus diesem Grund haben normale Menschen nicht ausreichend Geld, um ihre Rechnungen und Lebenshaltungskosten zu bezahlen.

Wir haben also beides gleichzeitig, Depression und Inflation.

Einige grundlegende Regeln für stabiles Geld wurden also gebrochen und werden aktuell immer noch gebrochen?

Es ist die Basis, auf der Geld geschöpft wird, auf die es ankommt. Uns muss klar sein, welche Wertgrundlage das Geld in jeder seiner historischen Erscheinungsformen hat. Papier ist nicht die Essenz der Banknoten, sondern nur der Informationsträger.

Problematisch ist also, dass Geld auf falscher Grundlage geschöpft wurde, die Sicherheiten waren von fragwürdigem Wert. Eine der Grundregeln sachgerechter Geldschöpfung, die heutzutage permanent misachtet wird, ist die, dass Geld eben nicht auf der Basis von Staatsschulden kreiert werden darf.

Geldschöpfung zur Finanzierung der Kapitalexpansion, also von langfristigen Anlagen, die nicht dem Markt kurzfristig Güter und Dienstleistungen hinzufügen, sollte nicht erlaubt sein.

Auf welcher Basis sollte denn dann Geld am besten geschöpft werden und wo sind die Grenzen?

Es sollte auf der Basis von Gütern und Dienstleistungen geschöpft werden, nach denen die alltägliche Nachfrage groß ist. Eine solche Basis ga-

rantiiert, dass die Zahlungsmittel schnell zurückkehren, dass sie rasch umlaufen. Letztendlich wird ihre Menge nur durch die kollektive Produktionskapazität und den Gesamtwert an Gütern und Dienstleistungen begrenzt, die Menschen miteinander austauschen wollen.

Und was ist mit langfristigen Investitionen?

Man muss unterscheiden zwischen kurzfristigen Überbrückungskrediten und langfristigen Investitionskrediten. Geld – als Tausch-

»Die grundlegende Anforderung an jedes Zahlungssystem besteht darin, den Grundsatz der Gegenseitigkeit sicherzustellen.«

vermittler – sollte sachgemäß Kurzfristkredit sein. Kurzfristkredite können praktisch als Gegenstück zu den auf dem Markt zum Verkauf stehenden Gütern gesehen werden. Investitionskredite dagegen fügen dem Markt erst

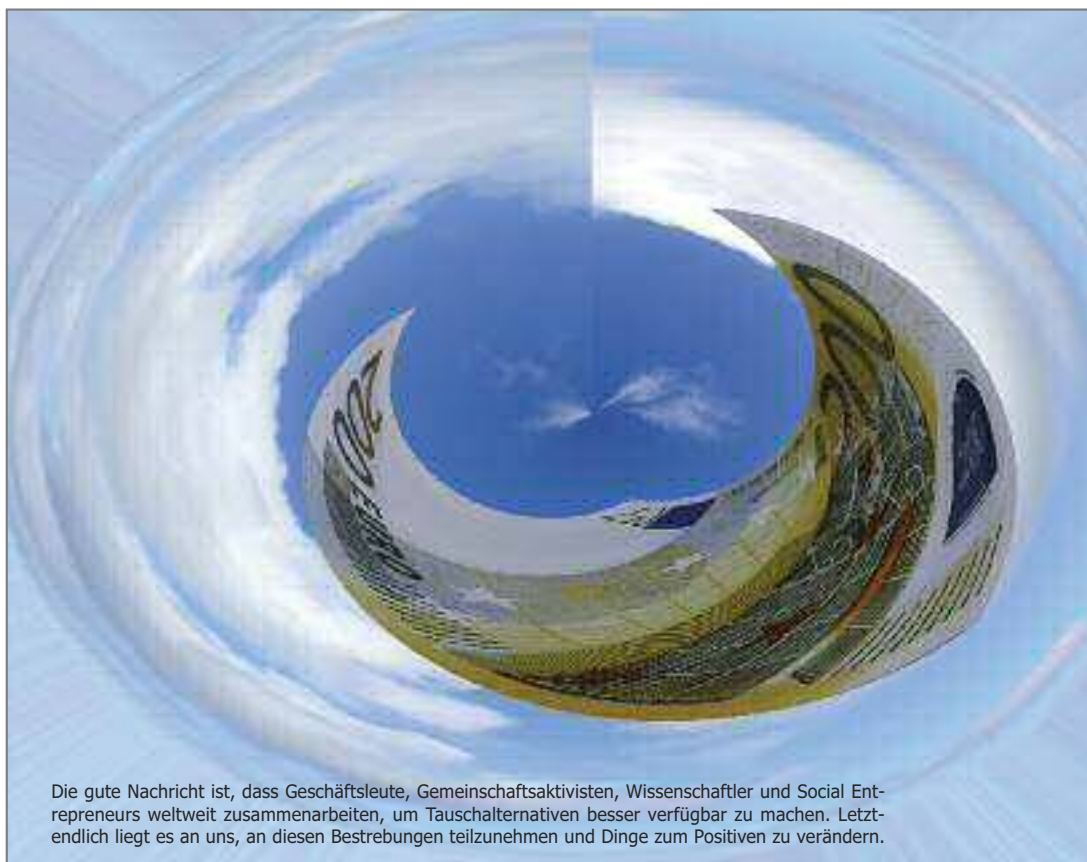
nanziert werden. Es gibt immer Menschen, die über einen Überschuss verfügen, den sie sparen bzw. investieren können.

Die Finanzierung langfristiger Anlagen sollte nur dadurch Anerkennung finden, dass die Gläubiger ein Finanzinstrument (z.B. einen Bond) erhalten, das einlösbar ist, wenn (und vorausgesetzt dass!) die Ernte eingefahren ist. Es wäre nicht adäquat, ihnen eine Anerkennung in Form von Geld zu geben – weil Geld jetzt ausgegeben werden kann, die Ernte wird jedoch erst später stattfinden.

Mit anderen Worten: Die Belohnung für den Verleih von Geld, das man gerade nicht benötigt, besteht darin, dass jemand anders für eine werthaltige Gegenleistung in der Zukunft Sorge trägt. Und wenn man sein Geld dann zurückbraucht, bekommt man es wieder ausbezahlt, ohne Wertverlust.

Ja, so sollte es sein.

Aber im alten System wurden Gläubiger,



Die gute Nachricht ist, dass Geschäftsleute, Gemeinschaftsaktivisten, Wissenschaftler und Social Entrepreneurs weltweit zusammenarbeiten, um Tauschalternativen besser verfügbar zu machen. Letztendlich liegt es an uns, an diesen Bestrebungen teilzunehmen und Dinge zum Positiven zu verändern.

eine Zeitlang später Güter und Dienstleistungen hinzu.

Aber muss es nicht einen Weg geben, Kurzfristkredite in Investitionskredite umzuwandeln?

Ja, aber die Finanzierung langfristiger Anlagen sollte nicht als Grundlage für Geldschöpfung dienen, sondern eher durch die Umverteilung bereits bestehenden Geldes fi-

die Geld für langfristige Investitionen zur Verfügung stellten, hoch belohnt mit Zinsen. Die Menschen sind an so eine Belohnung gewöhnt und sie halten ihr Geld zurück, wenn ihre finanziellen Erwartungen nicht erfüllt werden. Die INWO will deshalb dem Geld Beine machen mit Hilfe einer Gebühr auf gehortete Liquidität. Beim Giroguthaben wäre dies kein Problem, aber beim Bargeld wäre es schwie-

riger umzusetzen. Einige sind daher für die Abschaffung des Bargeldes. Andere meinen, das sei zu gefährlich, wir würden dann alle zu gläsernen Konsumenten werden. Insbesondere in Deutschland zieht immer noch eine Mehrheit das Bezahlen mit Bargeld vor.

Das ist die ganze Datenschutz-Diskussion. In dem System, das wir jetzt haben, kannst du online über das Internet auf dein Konto zugreifen, oder du lässt es. Aber immer mehr Menschen machen Online-Banking, wegen der Bequemlichkeit. Aber Sie haben Recht, wenn all diese Daten durchs Internet gehen, schafft das zusätzliche Sicherheitsgefahren. Doch bislang scheint es den Finanzdienstleistern, den Banken und den Kreditkarten-Unternehmen, gut gelungen zu sein, mit diesen Risiken umzugehen und sie zu tragen.

Meine Empfehlung ist, dass die meisten Transaktionen durch Verrechnung, auf Englisch Credit-Clearing, getätigt werden, dass jedoch Papier-Gutscheine oder -Noten als Ergänzung in kleinen Mengen herausgegeben werden können, bei Bedarf. Aber diese Papiernoten sollten mit einem Ablaufdatum versehen sein, genau wie die meisten Gutscheine ein Ablaufdatum haben. Sie müssen ja ins System zurück. Man will ja nicht eine unbekannte Geldmenge »draußen« haben, die nicht der Buchführung unterliegt.

Und was empfehlen Sie noch?

Ganz generell ist mein Rezept, dass die Menschen statt an der Börse zu investieren, die finanziellen Ressourcen, die sie haben, anders einsetzen sollten. Sie sollten in örtliche Unternehmen investieren, die in der Lage sind, sie mit dem Lebensnotwendigen zu versorgen: Nahrung, Wohnraum, Energie, Kleidung und die anderen Dinge, die wir im Alltag benötigen.

Unter den gegenwärtigen Umständen, wenn die Geld-Verantwortlichen weiterhin die Währungen inflationieren und andere Dinge tun, die Märkte manipulieren und einfachen Leuten und einfachen Firmen schaden, kann es problematischer werden einen Weg zu finden, sich gegen Inflation abzusichern. Wenn man seine finanziellen Ressourcen investieren will, sucht man nach Möglichkeiten, den Wert zu erhalten.

Mein langfristiger Vorschlag lautet: Versuchen Sie, die lokale Produktivität zu stärken. Wir sind alle so daran gewöhnt, Importwaren aus China oder einigen anderen Ländern zu kaufen, die Waren billig liefern können, in Dollar oder Euro gemessen. Aber diese Situation ändert sich langsam. Verschiedene Faktoren kommen dabei ins Spiel: Wenn die Währung inflationiert, werden die Produkte teurer; die Ressourcen werden weltweit im-

mer knapper, das verteuert die Kosten der Ressourcen ebenfalls.

Wenn wir also alternative Tauschmittel kreieren, sollten wir außerdem unsere Wirtschaft regionalisieren. Wir sollten weniger Geld für Importe und Exporte ausgeben, und mehr für unsere regionale Wirtschaft, und unsere regionale Produktionskapazität wiederherstellen. Das ist der beste Weg, die Zukunft zu sichern.

»Clearing ist ein fortlaufender Prozess andauernder Beziehungen.«

Welche sind diese alternativen Tauschmittel und was bewirken sie?

Alternative Tauschpraktiken stellen einen Weg dar, um der Krise zu entkommen. Anstatt die konventionelle Währung zu nutzen, sollten wir unsere eigenen Austauschmechanismen schaffen. Das heißt private Zahlungsmittel, die von vertrauenswürdigen Stellen herausgegeben werden. Zum Beispiel von Elektrizitätswerken, die ihre firmeneigenen Gutscheine in Umlauf bringen, indem sie ihre Mitarbeiter und Lieferanten damit bezahlen. Solche Gutscheine würden gut als Zahlungsmittel zirkulieren, weil jeder eine Stromrechnung zu bezahlen hat und das Elektrizitätsunternehmen seine Gutscheine als Bezahlung für den Strom akzeptiert.

Vermutlich noch wichtiger ist es, uns in Verrechnungsringen, also in Credit-Clearing-Organisationen, zu organisieren. LETS zum Beispiel. LETS ist die Art von Credit-Clearing-Organisation, die sich in den letzten dreißig Jahren an der Basis entwickelt hat. Es gibt immer noch aktive LET-Systeme in vielen Orten weltweit. Leider ist LETS eine Randerscheinung geblieben und hat nicht viele Produzenten lebensnotwendiger Güter eingebunden. Wenn man keine Warenproduzenten und Dienstleister in die Verrechnungsringe einbindet, werden diese nicht attraktiv und zuverlässig genug.

Dann wiederum gibt es kommerzielle Kreditaustausch-Organisationen für gewerbliche Teilnehmer, hierbei handelt es sich um Business-to-business-Handel, manchmal als Barterorganisationen bezeichnet. Diese existieren ebenfalls weltweit und haben üblicherweise regional einige Hundert Mitglieder, darunter können Restaurants sein, Zei-

tungen, Radio- und Fernsehstationen, Handelsunternehmen und so weiter.

Diese Leute machen Geschäfte miteinander, ohne konventionelles Geld zu benutzen. Sie führen einfach in einem Verrechnungssystem über Soll und Haben Buch.

Wenn Sie also ein Restaurant betreiben, können Sie einem Mitglied der Tauschorganisation ein Menü verkaufen, und Sie bekommen eine Gutschrift auf Ihrem Konto. Sie können diese Gutschrift nutzen, um damit Werbung im Radio oder Fernsehen zu bezahlen oder um die Dienste eines Elektrikers in Anspruch zu nehmen oder um Möbel von einem anderen Mitglied zu kaufen ... Auf diese Weise können wir parallele Systeme schaffen, die den Tauschprozess vermitteln. Es gibt keine Notwendigkeit, durch Kreditaufnahmen Dollars oder Euros in Umlauf zu bringen. Unternehmen können also, statt Betriebskapital als Kredit von einer Bank zu akquirieren, dieses Betriebskapital dadurch bekommen, dass sie mit anderen Unternehmen kooperieren, die sich gegenseitig Kredit gewähren und so ihren eigenen Kreditrahmen nutzen. Das ist eine sinnvolle Sache.

Und in diesem Prozess kann die Gesamtmenge an offenstehenden Krediten zum jeweiligen Zeitpunkt als Geldmenge betrachtet werden?

Ja, aber im Gegensatz zu dem, was heute abläuft, muss die Menge nicht immer größer werden. Sie variiert, wird mal größer und mal kleiner. Die Geldmenge regelt sich selbst im Einklang mit den geschäftlichen Bedürfnissen der Teilnehmer. Sie ist hochflexibel. Und kann zu sehr geringen Kosten erlangt werden.

Noch gibt es in Deutschland lokale Banken, doch in den letzten Jahren waren sie immer mehr gezwungen zu fusionieren, und sie werden noch größer werden. Diese Banken und Sparkassen, die über den größten Teil der Spareinlagen verfügen, könnten die nicht eine Rolle im Übergang zur Verrechnung spielen?

Wenn wir einige lokale Banken dazu bewegen könnten, Verrechnungsdienstleistungen zu erbringen, wäre das sehr gut. Doch Banken sind stark reguliert und ich halte es für unwahrscheinlich, dass man ihnen erlaubt, etwas zu tun, das zu sehr in die alternative Richtung geht. Sie sind doch ziemlich gezwungen, das zu tun, was sie tun, das heißt an dem globalen Zins-tragenden Schuldgeld-System mitzuwirken, das die Reichen bereichert und alle anderen verarmen lässt.

Verrechnung wäre also der nächste evolutionäre Schritt, den wir anstreben sollten ...

Ja, Credit-Clearing wird ein Mittel sein, um eine demokratische Wirtschaft, Selbstbestim-

mung und globalen Frieden herzustellen. Herkömmliches Geld und Bankgeschäfte werden fremdgesteuert und wirken parasitär auf die örtliche und regionale Wirtschaft. Credit-Clearing wird viel dazu beitragen, gesunde, nachhaltige lokale und regionale Wirtschaftsräume zu schaffen.

Es ist an der Zeit sich klarzumachen, dass die grundlegende Anforderung an jedes Zahlungssystem darin besteht, den Grundsatz der Gegenseitigkeit sicherzustellen. Clearing ist ein fortlaufender Prozess andauernder Beziehungen, der sich über die Zeit erstreckt und viele Partner einbezieht.

Und was in diesem zukünftigen System wird jemanden davon abhalten, diese Beziehungen überzustrapazieren und ein chronischer Schuldner zu werden?

Zunächst ist es kein Problem, wenn ein Konto immer im Minus steht. Der Kontoinhaber könnte ja einen hohen Umsatz haben. Aber tatsächlich, wenn jemand permanent seinen Kredit ausweitet, würde dies das Grundprinzip der Gegenseitigkeit verletzen. Es muss Grenzen geben.

Aber auch gut konzipierte Systeme sind eine Zeitlang nach ihrem blühenden Start eingegangen und Komplementärwährungen und Verrechnungssysteme sind ein Randphänomen geblieben. Wenn wir die praktischen Erfahrungen betrachten, ist das eher ernüchternd. Das Problem ist doch, dass wir alle viel zu sehr in dem herrschenden Geldsystem verstrickt sind, oder?

Ja, schon, aber ein Grund, weshalb die nationalen Währungen so dominant werden konnten, ist dass die wahren Kosten und Nebenwirkungen verschleiert werden und kaum bekannt sind. Wenn wir uns das bewusst machen, sollten wir loslegen und etwas Neues ausprobieren.

Gibt es in Amerika eine öffentliche Diskussion über die alternativen Geld-Themen?

Ron Pauls Kandidatur im Präsidentschaftswahlkampf 2008 war besonders bemerkenswert darin, das Geldthema in den USA in die Öffentlichkeit zu bringen. Ron Paul ist beachtenswert, weil er die Rolle der Federal Reserve und des Zentralbanksystems hinterfragt hat. Er forderte eine unabhängige Bilanzprüfung und sogar seine Auflösung. Er machte auch einige Gesetzentwürfe zum Thema Geld, zum Beispiel den Free Competition in Currency Act von 2011. Dieser Vorschlag sollte die Gesetze bezüglich des gesetzlichen Zahlungsmittels aufheben, die Besteuerung bestimmter Münzen und Barren verbieten und andere Abschnitte unserer Münzgesetze reformieren.

In einem Aufruf vom August 2012 fragte Paul: »Wieso akzeptieren wir es, dass zentrale, monopolistische Kontrolle über unser Geld mit vermeintlich freier Marktwirtschaft vereinbar ist? In einem freien Markt sollte der Fiat-Dollar der Regierung mit alternativen Zahlungsmitteln konkurrieren, zum Vorteil der amerikanischen Konsumenten, Sparer und Investoren.« Er zeigte die richtige Richtung auf. Aber er ist ein »Goldkäfer« und Republikaner.

Was halten Sie von Larry Summers' lebhaft diskutierter These, dass wir mit einer langen Periode der »Secular Stagnation« fertig werden müssen? Er hat gesagt, dass wir womöglich Schritte unternehmen müssten, »deren Hauptziel es ist, dass es weniger Kreditgewährung, weniger Kreditaufnahmen und weniger Asset-Price-Inflation gibt als zuvor«. Könnte das der Anfang eines Erwachens und Umdenkens unter führenden Ökonomen sein?

Larry Summers und die meisten Finanzminister der letzten Zeit stammen direkt aus der Banken-Elite, daher erwarte ich nicht allzuviel. Aber sicher, wir brauchen Ökonomen, die bereit sind, die orthodoxen Perspektiven auf Geld, das Bankwesen, auf Zins usw. infrage zu stellen und aus den üblichen Grenzen der Forschung auszuberechnen. Es steht in unserer Macht, den Austauschprozess zu verändern und uns auf eine stationäre Wirtschaft zuzubewegen, indem wir die unmittelbare Verrechnung zwischen Produzenten zur Anwendung bringen.

Die Wachstumsära ist vorbei, wir haben die physischen Grenzen erreicht und können nicht weiterhin Ressourcen verschwenden und die Erde verschmutzen. Es kommt darauf an, dass wir die Triebfeder des unnötigen Wachstums überwinden, also das globale Zins- und Schuldgeld-basierte zentrale Bankensystem.

Nach dem Krieg haben die Menschen einfach akzeptiert, dass es das zentrale Bankensystem geben würde, es gab keine Alternative. Aber jetzt, wo das unverantwortliche Wesen dieses Systems im Zuge der Finanzkrisen, der Rezession und Inflation offensichtlicher wird, horchen Menschen wieder auf, sehen dass etwas nicht stimmt und dass wir zurückblicken und all jene guten, aber lange unbeachteten Forschungsarbeiten überprüfen sollten, die uns zur Verfügung stehen, und dass wir die ganze Frage des Geldes und des Bankgeschäfts neu überdenken sollten. ■

Das Interview führte Beate Bocking.



DEUTSCHLAND

Einladung zur Mitgliederversammlung

Die diesjährige Mitgliederversammlung der INWO Deutschland findet am 5. April in der Silvio-Gesell-Tagungsstätte in Wuppertal statt. Die Versammlung beginnt um 13 Uhr und endet gegen 18 Uhr. Für das leibliche Wohl ist von 14 bis 15 Uhr eine Kaffeepause vorgesehen.

Neben den üblichen Formalia stehen ein Vorstandsbericht, der Kassenbericht und die Nachwahl eines dritten Vorstands auf der Tagesordnung. Wegen des vorzeitigen Rücktritts von Frank Rösner ist ein Vorstandsposten neu zu besetzen, durch Nachwahl auf dieser Versammlung. Stimmberechtigt sind alle ordentlichen Mitglieder. Auf www.INWO.de unter »Mitmachen« finden Sie den Antrag auf ordentliche Mitgliedschaft. Vorstandsbewerbungen und Anträge, die fristgerecht, also vor dem 22. März, bei uns eingehen, versenden wir per E-Mail. Mitglieder ohne E-Mail-Adresse können diese auf dem Postweg anfordern.

Außerdem wollen wir noch mit den Mitgliedern über eine mögliche Kooperationsveranstaltung mit »Lust auf neues Geld« (Steffen Henke) 2015 in Leipzig diskutieren.

Im Anschluss an die Mitgliederversammlung, ab 19.30 Uhr, wird der Umweltwissenschaftler Fried Malig vom »Netzwerk Wachstums-wende« einen Vortrag zur Verbindung von Postwachstumsökonomie und Geldreform halten. Die Postwachstumsökonomie ist vor allem durch Prof. Niko Paech (Universität Oldenburg) bekannt geworden. Seine Standpunkte, u.a. zur Unmöglichkeit der Entkopplung von Ressourcenverbrauch und BIP-Wachstum, hat er in den Fairconomy-Ausga-

ben Dezember 2010 und Juni 2012 dargelegt.

Die Thematik ist für die INWO in diesem Jahr besonders wichtig, weil wir uns mit einem Impulspapier für eine Arbeitsgruppe auf der 4. Internationalen Degrowth-Konferenz, die vom 2.-6. September in Leipzig stattfindet, beworben haben. In Vortragsveranstaltungen möchten wir dort auch unser neues Forderungspapier und unsere Ideen zur Reform der Ressourcenordnung vorstellen.

Wir freuen uns also auf den Impulsvortrag von INWO-Mitglied Fried Malig auf der MV! Danach ist Raum für Diskussion. Einige Aktive werden dabei auf das Forderungspapier »Stabile Währung dank Durchhaltekosten« eingehen und Verbindungslinien zur Postwachstumsthematik aufzeichnen, bevor es dann in den gemütlichen Teil des Abends übergeht.

Bei ausreichend Interesse wollen wir am Sonntag, den 6. April vormittags von 10 bis

12 Uhr auch anderen INWO-Mitgliedern mit interessanten Verbindungen zu verwandten Bewegungen Gelegenheit geben, sich, ihr Projekt und seinen Bezug zur Geld- und Bodenreform im Plenum vorzustellen.

Vlado Plaga und Erich Lange

Die Adresse der Silvio-Gesell-Tagungsstätte: Schanzenweg 86 in 42111 Wuppertal

Zur Anreise mit verschiedenen Verkehrsmitteln gibt es detaillierte Hinweise unter: www.silvio-gesell-tagungsstaette.de

Wer in der Tagungsstätte übernachten und/oder essen möchte, sollte sich bei Andreas Bangemann anmelden. Übernachtungen kosten inklusive Frühstücksbüffet zwischen 19 und 36 Euro. Ein elektronisches Anmeldeformular zu unserer MV findet man über www.inwo.de/mv2014.

Weitere Anmeldemöglichkeiten:

Tel.: 02053-423766

E-Mail: ab@silvio-gesell-tagungsstaette.de

Mitglied werden!

**Unterstützen Sie unsere Arbeit.
Werden Sie INWO-Mitglied!**

(Antrag auf S. 22)

Um unserem neuen Forderungspapier »Stabile Währung dank Durchhaltekosten« zum Erfolg zu verhelfen, sind wir auf Ihre Unterstützung dringend angewiesen. Für die geplante Ausweitung der Öffentlichkeitsarbeit und andere Aktivitäten im Zusammenhang mit dem Papier sind wir für ideelle und finanzielle Hilfe sehr dankbar.

Spendenkonto der INWO:

Konto 6010451400 bei der GLS Gemeinschaftsbank eG Bochum (BLZ: 430 609 67)
IBAN: DE 32430609676010451400,
BIC: GENO DE M 1 GLS

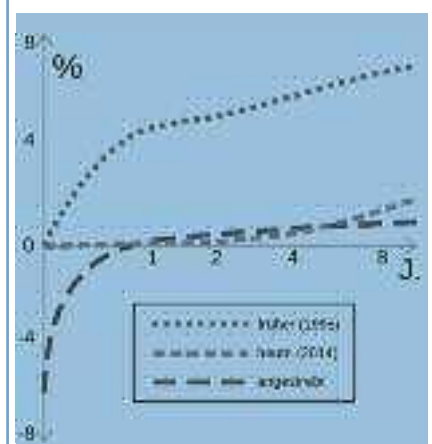
Treffen mit INWO Schweiz

Als Vorstände der INWO Deutschland haben wir uns am 28./29. Dezember 2013 in der Schweiz mit den Vorständen der Schweizer INWO getroffen. Ziel war ein Gedankenaustausch über die mittlerweile auseinanderdriftenden Ziele. Die Schweizer setzen sich intensiv für die Schaffung von Vollgeld (Joseph Huber) ein, das allein von einer 4., unabhängigen Macht, der Monetative, geschöpft werden soll – davon ausgehend, dass heute die Geschäftsbanken in ganz erheblichem Umfang selber Geld schöpfen kön-

nen. Zum Vollgeld ist sogar inzwischen eine Volksinitiative fast startklar.

Getroffen haben wir uns am 28. Dezember in Wettingen, im INWO-Büro der Schweizer, das von Monica Gassner-Rusconi geleitet wird. Anwesende Vorstände der Schweizer (v.l.n.r.): Roland Stebler, Hendrik Barth, Daniel Meier, Hansruedi Weber und Alec Gagneux (nicht auf dem Bild), der uns in seinem Haus in Brugg beherbergt hat.

Vlado Plaga und Erich Lange





Regionaltreffen Zürich **eingestellt**

Über viele Jahre organisierte Albert Leibacher monatlich ein Treffen im »Karl der Grosse« in der Stadt Zürich. Stets wurden interessante Themen mit bekannten Referenten angeboten. Nun hat sich Albert Leibacher entschlossen, diese Arbeit aufzugeben. Die INWO Schweiz ist sehr dankbar, dass er sich über mehrere Jahre mit grossem Einsatz für viele interessante Zusammenkünfte eingesetzt hat und bedauert seinen Rückzug sehr. Doch ist dieser auch verständlich: Es steckt sehr viel Arbeitszeit hinter einem solchen Treffen, für den Organisator wie für die Referenten.

Die INWO Schweiz wird in Zukunft zu einzelnen Themen weitere Treffen organisieren. Regelmässige persönliche Zusammentreffen sind in der heutigen hektischen Zeit mit so viel Social-Media-Informationsflut für viele Menschen kaum noch realisierbar.



Herzlichen Dank an Albert für den langjährigen unermüdlichen Einsatz im Karl der Grosse!

Silvio Gesells Lebensjahre in Les Hauts-Geneveys



Der Gedenkstein – neuerlicher Anlass zur Erinnerung

Als Silvio Gesell 1899 von Argentinien nach Europa zurückkehrte, lebte er zunächst kurze Zeit in Deutschland, bevor er in Les Hauts-Geneveys im Neuenburger Jura einen Bauernhof kaufen konnte. Bereits während seines ersten Aufenthalts als Kaufmann in Argentinien hatte Silvio Gesell, angetrieben von der dort herrschenden Wirtschaftskrise, eigene Schriften veröffentlicht. In der ländlichen Gegend von Les Hauts-Geneveys konnte sich Gesell zurückziehen und sich noch intensiver mit Ökonomen wie Adam Smith, Karl Marx und Pierre Joseph Proudhon befassen. 1902 gab Gesell seine erste eigene Zeitschrift zur Geldreform heraus. Ein paar Jahre später hatte er auch die ersten Vorschläge zu einer Bodenrechtsreform erarbeitet, kurz darauf wurden auch die ersten Verbindungen zwischen der Geld- und der Bodenrechtsreform sichtbar. Sein erster Aufenthalt in Les Hauts-Geneveys dauerte bis 1906. Danach lebte Gesell wiederum als Kaufmann in Argentinien und anschliessend in Deutschland. Infolge Verbots seiner Zeitschrift in Deutschland (wegen Kriegszensur), siedelte er sich 1916 wiederum in Les Hauts-Geneveys an und veröffentlichte hier kurze Zeit später die erste Fassung seines Hauptwerks »Die Natürliche Wirtschaftsordnung«. 1919 engagierte er sich bei der ersten Bayerischen Räterepublik als Beauftragter für das Finanzwesen. Als die Bayerische Räterepublik jedoch gestürzt wurde, wurde Gesell des Hochverrats angeklagt. Obwohl er anschliessend freigesprochen wurde, verweigerte die Schweiz ihm die Einreise.

Fortan wohnte Gesell nicht mehr für längere Zeit in der Schweiz.

Heute erinnert noch immer ein Gedenkstein an die beiden Aufenthalte in Les Hauts-Geneveys. Er steht nur wenige Meter neben seiner ehemaligen Liegenschaft. Über die Jahre hinweg wurde jedoch der Strassenausbau immer weiter vorangetrieben. So steht heute dieser Gedenkstein am Rand einer mehrspurigen Landstrasse, notabene an einer Strasse ohne Gehsteig. Der Gedenkstein dürfte so von Fremden kaum mehr wahrgenommen werden.

Der Gemeinderat von Les Hauts-Geneveys möchte dies nun ändern. Er hat die WIR-Bank und die INWO um Erlaubnis gefragt, den Gedenkstein um einige hundert Meter verschieben zu dürfen. Der neue Ort ist fussgängerfreundlicher und soll auch zum Verweilen einladen, da eine Sitzbank in der Nähe steht. Die WIR-Bank hat sich überraschenderweise bereit erklärt, die Umzugskosten zu übernehmen; dies, weil sie vermehrt in der Romandie Kunden gewinnen will. Die INWO kommt so zu einem kleinen Geschenk, da ohne zusätzliche Kosten Öffentlichkeitswerbung für Silvio Gesell respektive die Freiwirtschaft gemacht wird.

Der Umzug soll diesen Frühling stattfinden und wird mit einem kleinen Fest verbunden sein. Das Datum, an welchem dieses Fest stattfindet, ist zur Zeit noch offen, es wird so rasch wie möglich im Newsletter veröffentlicht.

Roland Stebler

Aktions-Webseiten zur **BGE-Volksabstimmung**

Schon rund vier Monate sind vergangen, seit wir unsere schwer verdienten Unterschriften in Bundesbern eingereicht haben. Das Bild mit den Fünfräplern auf dem Bundesplatz ging um die Welt, die nun weiss: Das Schweizervolk wird darüber abstimmen, ob ein bedingungsloses Grundeinkommen für alle eingeführt werden soll. Das ist hocherfreulich und darf uns auch ein bisschen mit Stolz erfüllen.

Das bedingungslose Grundeinkommen rückt insbesondere in der Schweiz immer mehr ins gesellschaftliche Bewusstsein. Der Weg ist geebnet. Jetzt müssen wir dran bleiben um diesen Kulturimpuls, die gesellschaftliche Auseinandersetzung mit dieser Idee aufrechtzuerhalten und zu stärken.

Nach der Unterschriften-Einreichung ist vor der Volksabstimmung!

»Jetzt müssen wir doch diese Zeit bis zur Abstimmung möglichst nutzen, um zu informieren, Veranstaltungen zu machen und mit diversen Aktionen das bedingungslose Grundeinkommen noch stärker ins öffentliche Bewusstsein hineinragen.« – Solche Äusserungen habe ich in den letzten Wochen von vielen Seiten gehört. Also machen wir es doch!

Alle, die die Volksinitiative mitgetragen haben, sind nun gefragt, sich weiterhin zu en-

Die neue Webseite ist als Seite von Aktiven für Aktive gedacht. Sie soll als Übersichts- und Vernetzungsplattform dienen, als eine Anlaufstelle, bei der man sich schnell einen Überblick über laufende Projekte und die verschiedenen Lokalgruppen verschaffen kann.

Wo kann ich mich einbringen?

Die Webseite soll im Idealfall zahlreiche Möglichkeiten dazu aufzeigen. Auch die Anbindung eines Diskussionsforums, in dem wir uns inhaltlich austauschen und unsere Gedanken weiterentwickeln können, ist vorgesehen. Es bestehen zwar schon mehrere hervorragende Info-Webseiten zum bedingungslosen Grundeinkommen in der Schweiz. Sie erfüllen aber andere Zwecke. Sie richten sich an alle Interessierten und an die Öffentlichkeit. Sie informieren umfangreich über das bedingungslose Grundeinkommen als Kulturimpuls, die Volksinitiative, wissenschaftliche Hintergründe und aktuelle Anlässe. Und sie bieten sehr inspirierende Bilder und Filme. Das Gefäss steht also bereit, nun muss es noch gefüllt werden. Ihr seid herzlich eingeladen, eure Projekte oder Ideen mit der Gemeinschaft zu teilen. Toll wäre es, wenn die Lokalgruppen sich kurz vorstellen würden. Welche Gruppe trifft sich wann, wo? An wen kann man sich wenden, wenn man mitma-

Fünfräppler auf dem Bundesplatz – Aktion zur BGE-Initiative im Oktober 2013



gagieren, Ideen einzubringen und umzusetzen und so eine Bewusstseinskampagne ins Rollen zu bringen. Dazu braucht es nicht zwingend einen übergeordneten Masterplan, aber es wäre sicher hilfreich, wenn wir uns möglichst gut koordinieren und gegenseitig informieren würden. Zu diesem Zweck habe ich eine Webseite für die Aktiven erstellt: www.bewegunggrundeinkommen.com

chen möchte? Ihr könnt auch gleich eine eigene Seite verlinken. Für Lokalgruppen gibt es auf der Seite einen eigenen Reiter. Für Anregungen, Fragen, Kritik und Wünsche könnt ihr mich gerne anschreiben. Ich freue mich auf regen Austausch!

Robin Wehrle

E-Mail: robinwehrle@gmail.com,

Tel.: +41 76 431 27 75

Termine Schweiz

■ **Sa., 12. April 2014, 14.00 bis 17.00 Uhr, Basel**

24. Generalversammlung der INWO Schweiz

Detaillierte Angaben folgen unter:

www.inwo.ch/termine

■ **Sa., 24. Mai 2014, ganztags, Sankt Gallen**

10. SUFO

Unter dem Motto »Eine andere Welt ist möglich« findet das Sozial- und Umweltforums Ostschweiz (SUFO) jedes Jahr in St.Gallen statt. Das SUFO bietet Menschen aller Altersgruppen die Möglichkeit, über gesellschaftliche, ökologische, wirtschaftliche und kulturelle Themen zu debattieren und vernetzt die Ostschweiz und ihre Organisationen mit der ganzen Welt.

Start ist jeweils am Freitagabend mit einer Podiumsdiskussion zu einem aktuellen Thema.

Details folgen unter:

<http://new.sufo.ch/2014-2/>

Vorankündigung:

■ **Sa., 22. November 2014, 09.00-18.00 Uhr, Kantonsschule Schaffhausen, Mensa**

Boden behalten, Stadt gestalten Öffentliche Tagung zur städtischen Bodenpolitik

Referate aus Basel, Biel, Zürich und Schaffhausen, Workshops, Podiumsgespräch, kulturelle Einwüfe

Veranstalter: Infonetzwerk Gemeingut Boden
Kontakt: info@nwo-belcampo.ch

Fortlaufend:

■ **Verein MoMo Monetäre Modernisierung**

Termine + Infos zum Thema Vollgeldreform / Monetative: www.vollgeld.ch

■ **BGE Bedingungsloses Grundeinkommen**

Termine + Infos unter:

www.grundeinkommen.ch und www.bien-ch.ch

■ **Initiative Wirtschaft zum Nutzen aller**

Informationen und Veranstaltungen:
www.wirtschaft-zum-nutzen-aller.ch

Roland Geitmann:

Die Titanic umsteuern!

Am 4. Dezember letzten Jahres verstarb Roland Geitmann im Alter von 72 Jahren. Prof. Dr. Geitmann war von 1988 bis 2009 Vorsitzender, danach Ehrenvorsitzender der Vereinigung Christen für gerechte Wirtschaftsordnung (CGW), der christlich orientierten Organisation innerhalb des freiwirtschaftlichen Spektrums.

Auch durch seinen Einsatz für Direkte Demokratie – er war Sprecher des Kuratoriums von Mehr Demokratie e.V. – ist er vielen in Erinnerung. Er konnte auf lange politische Erfahrung zurückblicken: Anfang der 70er Jahre war er an den Landratsämtern Emmendingen und Donaueschingen beschäftigt, bevor er 1973 als Oberregierungsrat zum Regierungspräsidium Tübingen kam. Von 1974 bis 1982 war er der erste sozialdemokratische Oberbürgermeister von Schramberg und seit 1975 Mitglied des Kreistags des Landkreises Rottweil. Danach war der Jurist Geitmann lange Jahre, von 1983 bis 2006, Professor an der Fachhochschule Kehl.



Auf die Geld- und Bodenreform stieß er 1985 beim Ev. Kirchentag in Düsseldorf, wo ihm der von Helmut Creutz gestaltete Infostand auffiel. Ein dort entdecktes Buch von Prof. Dieter Suhr hat seine Hoffnung geweckt, dass ein »Geld ohne Mehrwert« sich als ein Schlüssel zu Gerechtigkeit und Frieden erweisen könnte. Am 13. April 1941 auf Gut Sildemow bei Rostock geboren, war Geitmanns Kindheit von Bombennächten überschattet. Im Zuge der Bodenreform wurden seine Eltern Ende 1945 enteignet und vertrieben. So geprägt, stellte er sich als »roter« Bürgermeister in einer ansonsten schwarzen politischen Umgebung auf dem Höhepunkt des Kalten Krieges schützend vor örtliche Friedensdemonstrationen gegen die NATO-Nachrüstung. Dazu gehörte Mut, denn in Schramberg waren Rüstungsbetriebe angesiedelt.

1983 verließ er die SPD und engagierte sich in der Gustav-Heinemann-Initiative und der Kulturpolitischen Gesellschaft. In diese Zeit fiel auch sein beruflicher Neubeginn als Professor für Allgemeines Verwaltungsrecht, Ausländerrecht und Kommunalverfassungsrecht an der Fachhochschule Kehl. Deren damaliger Rektor ließ alsbald überprüfen, ob Geitmanns Seminar »Frieden als kommunale Aufgabe« wirklich zu seinen Lehraufgaben gehören könne. Nach einigen Auseinander-

setzungen bestätigte der Fakultätsrat dies, er wurde jedoch nicht verbeamtet. Das Ministerium begründete dies u. a. damit, dass er mit dem von Johan Galtung geprägten Begriff der »strukturellen Gewalt« argumentiere.

Neben der juristischen Lehre und dem friedenspolitischen Engagement wandte sich Roland Geitmann Mitte der 1980er Jahre mit viel Idealismus den Bewegungen für Mehr Demokratie und für Geld- und Bodenreform zu. Er dachte sich tiefer in diese Denkansätze hinein und dabei wurde ihm bewusst, dass sie tiefe Wurzeln in der Jahrtausende alten Religions- und Kulturgeschichte hatten. Schon in den Quellen des Judentums, Christentums und Islams hatten sozioethische Regeln zum Umgang mit Geld und Zins sowie mit dem Land einen besonders hohen Stellenwert gehabt. In mehreren Aufsätzen stellte Geitmann die tieferen Bezüge zwischen den religiösen Überlieferungen und den neueren ökonomiekritischen Denkansätzen dar.

Nach der Übernahme des CGW-Vorsitzes begann er, zahlreiche Vorträge zu halten; nach der Wende auch in der ehemaligen DDR, wo es ihm gemeinsam mit der Erbbaurechts-Initiative des Seminars für freiheitliche Ordnung auch darum ging, einer drohenden Re-Priva-

tisierung des bis dahin »volkseigenen« Bodens zuvorzukommen. 1992/93 reiste er durch Ostdeutschland, um in Vorträgen vor den dortigen Kommunalverwaltungen zu erläutern, welches große Entwicklungspotential sich ihnen mit der Anwendung des Erbbaurechts erschließen könnte. Mit der Regelung »Rückgabe vor Entschädigung« im deutsch-deutschen Einigungsvertrag verspielte die große Politik jedoch die historisch einmalige Chance für einen gemeinwohl-orientierten Umgang mit dem Boden.

Unvergessen sind auch Roland Geitmanns Beiträge bei den 1995-2008 von CGW und INWO gemeinsam veranstalteten Tagungen in Birkenwerder, sowie seine Moderationen, seine Einlagen am Klavier und besonders seine zusammenfassenden Schlussworte, in einer wunderbaren Mischung aus Herzlichkeit, Ernsthaftigkeit und Humor. Ein Bonmot hat sich mir besonders eingepreßt: »An unseren Hochschulen bilden wir die nächste Generation von Maschinisten der Titanic aus. Es wäre aber für das Überleben der Menschheit auf dieser Erde wichtiger, Menschen auszubilden, die die Titanic von ihrem Katastrophenkurs in lebenserhaltende Gewässer umsteuern können.«

Mehr als zwei Jahrzehnte gehörte Roland Geitmann zu den tragenden Säulen der neueren Geld- und Bodenreformbewegung und arbeitete in den letzten Jahren auch noch intensiv im Fachkompetenznetzwerk des Regionalgeld-Verbandes mit. Als seine Weggefährten können wir ihm nur von ganzem Herzen dankbar sein, dass er maßgeblich mitgeholfen hat, diese alternativen ökonomischen Denkansätze in eine »gute Verfassung« zu bringen, damit sie ihr Potenzial als Beitrag zur Bewältigung von ökonomischen und ökologischen Krisen hoffentlich bald zur Entfaltung bringen können. ■

Werner Onken

Die Langfassung der Würdigung des Lebenswerks von Roland Geitmann findet sich in der Zeitschrift für Sozialökonomie 168-169/2011.

Buchvorstellungen

Andreas Müller: Friedrich Salzmann - Journalist, Radiomoderator, Schriftsteller, Nationalrat. Piazzetta Verlag, Reinach 2013, 184 S., 20.80 €, ISBN 978-3-9523469-8-3

Er war ein kleiner, feiner Mann, dazu ein Leben lang körperlich behindert: Deshalb zählt Friedrich Salzmann (1915-1990) nicht zu den lauten und vordergründig nicht zu den bekanntesten Köpfen unter den Schweizer Freiwirtschaftlern. Fritz Schwarz, Hans Konrad Sonderegger, Hans Bernoulli, Werner Schmid und Werner Zimmermann stehen für viele in dieser ersten Reihe. Zu ihnen gehört aber unzweifelhaft auch Friedrich Salzmann. Wer es nicht ohnehin schon wusste, dem macht dies die neu erschienene Biografie klar.

Der Sohn eines Schweizer Kaufmanns, in Persien geboren, in Berlin und in der Schweiz aufgewachsen, hat ein beeindruckendes schriftliches Werk hinterlassen, und er setzte sich ein Leben lang für die Umsetzung der Erkenntnisse Gesells ein. Salzmann kam schon im Elternhaus mit den freiwirtschaftlichen Ideen in Kontakt. Ja, er begegnete als Jüngling auch noch Silvio Gesell, kurz vor dessen Tod. So war es für den aufgeweckten jungen Mann eine Selbstverständlichkeit, sich in der freiwirtschaftlichen Jugendbewegung zu engagieren. Und früh schon trat er nach einer kaufmännischen Lehre auch als Redner an öffentlichen Veranstaltungen auf. Als blutjunger Korrespondent

in Paris berichtete er für das »Freie Volk« über die grosse Politik im Vorkriegsfrankreich. Nach seiner Rückkehr trat er – an der Seite des legendären Fritz Schwarz – in die Redaktion des freiwirtschaftlichen Organs ein. Er prägte es entscheidend mit. Und er war – zusammen mit Werner Schmid – treibende Kraft bei der Gründung der Liberalsozialistischen Partei (LSP) im Jahre 1946. Denn Salzmann war überzeugt, dass man sich politisch einmischen musste, wenn man die gute Sache vorwärtsbringen wollte.

Als in den Fünfzigerjahren die wirtschaftliche Basis für die freiwirtschaftliche Wochenzeitung zusehends schwand, fasste Salzmann schweren Herzens einen Entschluss: Er folgte einem Ruf des Schweizer Radios und trat

in deren Inlandredaktion ein. Weil er dank seiner weltläufigen Erziehung ein ausgesprochen gepflegtes Hochdeutsch sprach und über eine tiefe, ruhige Stimme verfügte, war er fürs Radio geboren. Und Salzmann blühte in diesem Medium auf. Er wurde zum anerkannten Chef der Inlandabteilung, er moderierte politische Streitgespräche, und er führte die erste kritische Sendung für Konsumenten ein: »Mit kritischem Griffel«. Dann, 1971, wurde er auf der Liste des Landesrings der Unabhängigen in Bern überraschend in den Nationalrat gewählt. Dort fiel er als seriöser Arbeiter in den Kommissionen (etwa zum Medienrecht) und als unerbittlicher Kritiker der bundesrätlichen Wirtschafts- und Konjunkturpolitik auf. Dann kam zu seiner Behinderung durch eine Kinderlähmung noch die Parkinson-Krankheit hinzu, und er musste deshalb 1978 schweren Herzens aus dem Nationalrat zurücktreten. Die folgenden Jahre waren dann – er hatte seine geliebte Gattin, Gefährtin und Betreuerin Hilde Grünig schon früh verloren – von einer zunehmenden Vereinsamung geprägt. Seine letzten fünf Jahre verbrachte er in einem Berner Pflegeheim.

Neben seinem beruflichen Wirken und der direkten politischen Arbeit steht das schriftstellerische Werk Salzmanns. Er hat rund ein Dutzend Bücher geschrieben, dazu zahlreiche Schriften und Tausende von Artikeln. In »Bürger für die Gesetze« (1949) setzt sich der leidenschaftliche Liberale kritisch mit dem Staat als Erzieher auseinander und fordert einen freien Bildungsmarkt. In »Jenseits der Interessenpolitik« (1953) widmet er sich der grossen Auseinandersetzung zwischen Kommunismus und Kapitalismus und plädiert für eine wahrhaft liberale Wirtschaftsordnung mit starken staatlichen Leitplanken. Und in »Mit der Freiheit leben« (1961) vertieft er diese Auseinandersetzung zwischen den beiden rivalisierenden Gesellschaftssystemen und fordert seinen radikal liberalsozialen dritten Weg. Salzmanns Biograf weist mit Recht auf dessen letzte Schrift »Gedanken zu einer lebenswerten Zukunft« (1985)* als eigentliches gedankliches Vermächtnis hin. Die programmatische Schrift fasst die Positionen der Liberalsozialisten – wohlbegründet und konzentriert – zusammen. Sie entstand in enger Zusammenarbeit mit dem damaligen Sekretär der Partei, Hans Barth. Der Einleitungssatz ist typisch für das Bürgerverständnis des philosophisch denkenden und politisch handelnden Menschen Friedrich Salzmann: »*Wir sind nicht nur verantwortlich für das, was wir tun, sondern auch für alles, was wir widerspruchslos dulden.*«

Alle Bücher und Schriften Friedrich Salzmanns können in der Schweiz. Freiwirtschaftlichen Bibliothek ausgeliehen werden. Sie ist untergebracht im Schweizerischen Wirtschaftsarchiv, Peter-Merian-Weg 6, CH-4002 Basel, Tel. 0041 61 267 32 10, Online-Bestellungen: www.ub.unibas.ch/ub-wirtschaft-swa/

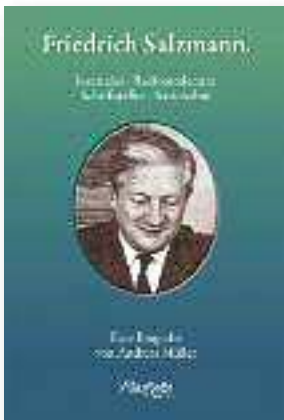
Alexander Sury: Ruth Binde – ein Leben für die Literatur. Wörterseh Verlag, Gockhausen 2013. 222 S., Fr. 39.90. Print: ISBN 978-3-03763-031-0. E-Book: ISBN 978-3-03763-538-4

Der Berner Kulturjournalist Alexander Sury hat in Zusammenarbeit mit Ruth Binde (*1932) ein Lebensbild dieser ausserordentlichen Frau verfasst. Die Tochter des Berner Freiwirtschaftlers Fritz Schwarz träumte in jungen Jahren vom Theater. Sie machte eine Buchhändlerlehre, half im Pestalozzi-Fellenberg-Verlag ihrer Eltern mit, sie zog nach England, nach Deutschland und vor allem – bleibend – nach Zürich.

Ruth Binde arbeitete 15 Jahre im Diogenes-Verlag, ehe sie einen neuen Beruf erfand und sich damit selbstständig machte: Presseagentin für Literatur. Sie vertrat renommierte Verlage, Literaten und Künstler und setzte sich besonders fürs Theater ein. Und als grosses Hobby legte sie zeitlebens eine riesige Autographensammlung mit Autogrammen und Widmungen von Künstlern an, die sie bewundert. Ruth Binde stieg im Lauf ihres langen Schaffens zu einer wichtigen Figur in der Literaturszene des deutschsprachigen Raumes auf. Und dies alles als alleinerziehende Mutter eines Sohnes und im Ein-frau-Unternehmen. Nach ihrem Rückzug aus dem Berufsleben widmete sie sich in den letzten Jahren der Neuausgabe von Werken ihres Vaters: »Segen und Fluch des Geldes in der Geschichte der Völker« (Band I und II) und »Wenn ich an meine Jugend denke«.

Alexander Surys Buch zeichnet diese starke Frau subtil in ihrem öffentlichen Wirken wie in ihren privaten Umständen – ein wahrer Le-segenuss.

Heinz Girschweiler



Markus Pühringer: Im Bann des Geldes. Eine Anleitung zur Überwindung des Kapitalismus. planet-Verlag, Wien 2013, 378 S., 18.00 €, ISBN: 978-3-902555-40-3

Im Untertitel verspricht Markus Pühringer nichts Geringeres als eine »Anleitung zur Überwindung des Kapitalismus«. Seine Erklärung der Entstehung desselben überzeugt. Seine schon philosophischen Betrachtungen des Ziels von Wirtschaft sind originell und gründlich. Die klare Sicht auf den gegenwärtigen Krisenzustand ist schonungslos.



Dass der erklärte Marxist Pühringer zuletzt als wichtigste strukturelle Maßnahme zur Überwindung der Krise die Einführung von Gesellschem Freigeld vorschlägt, bei ihm Geldsteuer genannt, hebt sein Buch aus der Masse der Euro- und Kapitalismus-Krisen-Literatur heraus und lässt einige doch vorhandene analytische Schwächen verzeihen.

Der Kapitalismus ist für Pühringer, angelehnt an Wallerstein, ein »System, in dem die endlose Akkumulation von Kapital höchste Priorität besitzt«. Dem gegenüber stellt er ein Konzept vom »Guten Leben«. Die Werte des Kapitalismus und der protestantischen Arbeitsethik stünden der wichtigsten Rahmenbedingung für ein gutes Leben entgegen: den »zweckfreien Lebensräumen und Lebenszeiten«.

Erst mit der zunehmenden Akzeptanz von Geldgeschäften, mit den daraus resultierenden Gewinnen, sei der Kapitalismus entstanden und habe die Gesellschaft und ihre Werte nach seiner Logik massiv verändert: Verzicht wurde gut, der Kapitalismus die neue Religion und die Arbeit heilig gesprochen. Nebenbei habe der Kapitalismus eine veränderte Wahrnehmung der Zeit verursacht, denn die »Reichtumsprämie« im Zins sei von der Zeit abhängig, mache »im wahrsten Sinne des Wortes Zeit zu Geld«.

Pühringer unterscheidet bei den im Kapitalismus für den Kredit berechneten Zinsen verschiedene Anteile, in der Tradition des Thomas von Aquin. Gerechtfertigt sind demnach eine Versicherungsprämie und ein Vermittlungsentgelt, nicht jedoch ein weiterer Zinsbestandteil, den Pühringer eben als Reichtumsprämie bezeichnet. Gesell-Leser erkennen hier sofort den Urzins wieder (vgl. NWO, Kapitel 5.2). Durch die Reichtumsprämie werden die Besitzer von Geldvermögen ohne eigene Leistung reicher: »Für den Zins arbeiten andere«.

»In einer Welt, in der die meisten Produkte nur mehr mit Geld zu bekommen sind, müssen Menschen zumindest zeitweise in die kapitalistische Produktionswelt eintauchen.« Pühringer betont das »zeitweise«, denn hier sieht er auf der persönlichen Ebene einen Ausweg aus dem »Imperativ der Kapital- und Wertvermehrung«. Er zitiert Marianne Gronemeyer mit »Jeder Penny, den wir nicht brauchen, bedeutet einen Gewinn an Freiheit.«

In seiner Analyse der Umverteilung von Arbeit zu Kapital unterscheidet sich Pühringer nicht besonders von Autoren wie Silvio Gesell, Helmut Creutz oder Margrit Kennedy. Besonders erscheint aus deutscher Sicht zuweilen die österreichische Perspektive. Ein Österreicher aus dem reichsten Bevölkerungsprozent habe ein durchschnittliches Vermögen von ca. 5,4 Millionen Euro. Nach einer Studie der Credit Suisse (2013) betrug die reale Rendite für Aktien im Zeitraum von 1900 bis 2013 jährlich im globalen Schnitt 4,1 Prozent. Somit beziehe »das reichste Prozent der Bevölkerung jedes Jahr ein leistungsloses Einkommen von 220.703 Euro« – wohingegen das Netto-Medianeinkommen in Österreich ca 18.000 Euro betrage.

In Kapitel sechs zeichnet Pühringer die »systemische Krise des Kapitalismus« vor allem von den 1950er Jahren bis heute nach. Bemerkenswert ist, dass der Autor den unvermeidlichen Niedergang des Kapitalismus nicht wie manch anderer nur als Bedrohung, sondern als Chance für den Beginn eines neuen Zeitalters betrachtet.

Systemisch liegt der Schlüssel zur Überwindung des Kapitalismus für Pühringer, wie nach den Übereinstimmungen bei der Analyse zu erwarten, ähnlich wie bei Silvio Gesell im Abschaffen der Reichtumsprämie durch geeignete Maßnahmen am »Kommunikationsmittel Geld« selbst. Er bezieht sich explizit auf Gesell und das »Wunder von Wörgl«, wenn er die Einführung einer Geldsteuer fordert. Leider bleibt dieser Teil des Buches schwach, da er nicht zwischen Geld und Geldvermögen zu unterscheiden scheint und außerdem die freiwirtschaftliche Forderung nach einer Bodenreform (Freiland) mit einem einzigen äußerst schwachen Argument abtut. Gesell kann höchstens oberflächlich gelesen worden sein – sonst könnte dem Autor nicht entgangen sein, dass »die freiwirtschaftliche Literatur« ebenfalls nur den Urzins und nicht jeglichen Zins abschaffen will.

Die Fundierung durch Klassiker wie Aristoteles und Marx sowie die Verbindung mit den Erkenntnissen moderner Psychologie und Biologie sind besondere Stärken des Buches, ebenso wie die Hinweise auf persönliche Handlungsoptionen. Der ausgesprochene Wunsch, die mit der marxistischen Theorie verbundene »Wertkritik« mit der »Zinskritik« der Freiwirtschaft zu versöhnen, indem der Marx'sche Mehrwert (abzüglich des Unternehmer-Arbeitslohns) als »ident mit dem leistungslosen Zinsanteil« betrachtet wird, lässt hoffen, dass in naher Zukunft breitere und stärkere Allianzen verschiedener kapitalismuskritischer Denkschulen möglich werden.

Vlado Plaga



Bestellen Sie weiterführende Literatur aus unserem Shopangebot!

Aktuell



Margrit Kennedy:
Occupy Money – Damit wir zukünftig ALLE die Gewinner sind

Die heutige Krise umfasst erstmals in der Geschichte den ganzen Globus. Sie liefert eine Argumentation für eine neue Bewegung, die von unten entsteht und die Druck auf Politik und Wirtschaft ausübt, um endlich auch ein Geldsystem zu schaffen, das den Menschen dient und nicht dem Profit. Margrit Kennedy zeigt Wege, wie das Geld wieder zu einer steuerbaren öffentlichen Dienstleistung zum Wohle der gesamten Gesellschaft werden kann, statt eine Ware zu sein, die zu einem krankhaften Wachstumszwang führt. Unser Geldsystem ist nicht gottgegeben. Wir können es neu gestalten!
112 S., Verlag J. Kamphausen 2011, 9.95 €, Art.Nr. I3



Dirk Löhr: Prinzip Rentenökonomie. Wenn Eigentum zu Diebstahl wird
Mit einem Geleitwort von Gerhard Scherhorn

Ökonomische Renten sind Erträge, denen keine Kosten gegenüberstehen – wenigstens einzelwirtschaftlich. Allerdings gibt es nichts umsonst. Irgendjemand wird immer belastet, und sei es durch Verzichtskosten. Das Muster: Gut organisierte Gruppen streichen die ökonomischen Renten ein, die Kosten werden auf schwach organisierte Gruppen abgewälzt. Unsere Eigentumsordnung leistet dem Vorschub. Die »Erbsünde« ist das Privateigentum an Land und die daraus fließenden Renten.
198 S., metropolis Verlag 2013, 22.00 €, Art.Nr. I5

Standardliteratur zur Geld- und Bodenreform

Helmut Creutz: Das Geldsydrom 2012, Broschiert, 483 S., Hochschulverlag 2012, 16.80 €, Art.Nr. A3

Helmut Creutz: Die 29 Irrtümer rund ums Geld, Gebundene Ausgabe, 303 S., Signum Verlag 2004, Preis: 9.95 €, Art.Nr. F2

Arno Gahrmann: Wir arbeiten, und nicht das Geld. Wie wir unsere Wirtschaft wieder lebenswert machen, 224 S., Westend Verlag 2013, 17.99 €, Art.Nr. D5

Margrit Kennedy: Occupy Money. Damit wir zukünftig ALLE die Gewinner sind, Broschiert, 112 S., Kamphausen Verlag 2011, 9.95 €, Art.Nr. I3

Christian Kreiß: Profitwahn. Warum sich eine menschengerechtere Wirtschaft lohnt, Broschiert, 232 S., Tectum Verlag 2013, 17.95 €, Art.Nr. C9

Dirk Löhr: Die Plünderung der Erde. Anatomie einer Ökonomie der Ausbeutung. Ein Beitrag zur Ökologischen Ökonomik, Broschiert, 485 S., Verlag für Sozialökonomie 2009, 34.00 €, Art.Nr. E5

Werner Onken: Geld- und bodenpolitische Grundlagen einer Agrarwende, Broschiert, 125 S., Verlag für Sozialökonomie 2004, 8.00 €, Art.Nr. C6

Klaus Popp: Das Märchen vom guten Zins, Gebundene Ausgabe, 180 S., Signum Verlag 2006, 7.95 €, Art.Nr. A7

Fritz Schwarz: Das Experiment von Wörgl. Ein Weg aus der Wirtschaftskrise, Broschiert, 89 S., Synergia Verlag 2007, 10.01 €, Art.Nr. K9

Wera Wendnagel: Mama Moneta oder die Frauenfolge, Broschiert, 201 S., Neuauflage INWO 2012, 9.80 €, Art.Nr. C9

Kostenloses INWO-Werbematerial zum Weitergeben oder zum Verteilen, Versandkostenpauschale: 3.50 €

Im **INWO-Shop auf der Homepage** können Sie weitere Literatur sowie Werbematerial wie Bierdeckel, T-Shirts usw. bestellen.
www.inwo.de/shop

Rechnungsadresse

Versandbedingungen

Die angegebenen Preise sind Bruttopreise und enthalten bereits die Mehrwertsteuer von 7% für Schriften und Bücher bzw. 19% bei allen anderen Artikeln. Für Bestellungen innerhalb Deutschlands, mit einem Bestellwert unter 20 Euro, berechnen wir zusätzlich 3.50 € (inkl. 19% MwSt.) Versandkosten. Ab 20 € Bestellwert liefern wir versandkostenfrei. Innerhalb Deutschlands verschicken wir gegen Rechnung. Sendungen ins Ausland versenden wir nur noch gegen Vorkasse. Bei Versand ins Ausland bitte die Versandgebühren telefonisch erfragen! Tel: +49 06623 919601. Unsere Allgemeinen Geschäftsbedingungen und die Widerrufsbelehrung finden Sie unter www.inwo.de/shop/allgemeine-geschaeftsbedingungen/

Vorname* Name*

Straße*

PLZ* Stadt* Land*

Telefon Email*

Bemerkung: (Hier können Sie auch eine abweichende Lieferadresse angeben)

Ort, Datum Unterschrift

Hinweis: Felder mit * sind Pflichtfelder. Ihre Daten werden nicht an Dritte weitergegeben!

Mitgliedsantrag

INWO e.V.
Wüstefeld 6
36199 Rotenburg

Ich möchte förderndes Mitglied der INWO Deutschland e.V. werden!

- Ich zahle jährlich 48 Euro (regulärer Beitrag inklusive Zeitschrift)
 Ich zahle jährlich 24 Euro (ermäßigt inklusive Zeitschrift)
 Ich zahle jährlich 12 Euro (ohne den Bezug der Zeitschrift)
 Ich spende einen zusätzlichen Beitrag von jährlich _____ Euro. Ich spende zusätzlich einmalig _____ Euro.

Eine Bescheinigung für steuerbegünstigte Zuwendungen (Mitgliedsbeitrag und Spenden) wird ab jährlich 100 Euro oder auf Wunsch ausgestellt. Zuwendungen bis 200 Euro können gegenüber dem Finanzamt auch mittels Kontoauszug belegt werden.

Vorname

Name

Straße

Postleitzahl

Ort

E-Mail-Adresse (bitte angeben für regelmäßige und außerordentliche Mitgliederinformationen), Telefon, Fax

Datum

Unterschrift

Die folgenden Angaben sind hilfreich, aber nicht zwingend erforderlich:

Geburtsdatum, Beruf, Tätigkeit

Auf die INWO wurde ich aufmerksam durch:

- Faltblatt Bekannte Internet Vortrag Seminar Sonstiges _____

Datenschutzhinweis: Ihre Daten werden ausschließlich für Vereinszwecke elektronisch erfasst und ggf. durch Beauftragte der INWO zu vereinsbezogenen Informations- und Werbezwecken verarbeitet und genutzt. Wir geben keine Daten an Dritte weiter! Sie können der Speicherung, Verarbeitung und Nutzung Ihrer Daten widersprechen. Dazu schreiben Sie bitte an INWO Versand, Wüstefeld 6, 36199 Rotenburg a.d. Fulda.

Gläubiger-Identifikationsnummer der (INWO) Initiative für Natürliche Wirtschaftsordnung: **DE90NWO00000047916**

- 1. Einzugsermächtigung:** Ich ermächtige die INWO e.V. widerruflich, die von mir zu entrichtenden Zahlungen bei Fälligkeit durch Lastschrift von meinem Konto einzuziehen.
- 2. SEPA-Lastschriftmandat:** Ich ermächtige die INWO e.V., Zahlungen von meinem Konto mittels Lastschrift einzuziehen. Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die von der INWO e.V. auf mein Konto gezogenen Lastschriften einzulösen.
- Hinweis:** Ich kann innerhalb von acht Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrages verlangen. Es gelten dabei die mit meinem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen.

Kreditinstitut (Name und BIC)

DE ____ | ____ | ____ | ____ | ____ | ____
IBAN:

Datum, Ort Unterschrift

Die Vollgeld-Initiative ist fast startklar

150 Aktivistinnen und Aktivisten trafen sich am Samstag, den 22. Februar 2014 in Zürich, um sich für die Vollgeld-Initiative fit zu machen. Der grosse Zulauf hat selbst die Organisatoren überrascht, die nun wohl die Unterschriftensammlung im Mai starten, selbst wenn der Kassenstand noch nicht den Level erreicht hat, den sie sich als Bedingung gestellt haben.

Das Geldwesen ist Sache des Bundes, so steht es in der Verfassung. Aber die privaten Banken haben es geschafft, das Geldregal an sich zu reissen und mittlerweile rund 90 Prozent des Geldes selber herzustellen.« Mit diesen Worten eröffnete Hansruedi Weber, Präsident des Vereins »Monetäre Modernisierung« (MoMo), die erste Kampagnentagung zur Vollgeld-Initiative. Diese will die Schöpfung der privaten Banken unterbinden und ganz der Nationalbank übertragen. Die Banken kreieren elektronisches Geld, jedes Mal, wenn sie einen Kredit sprechen. Entgegen landläufiger Meinung verleihen sie dabei nicht das Geld der Sparer – diese behalten es nämlich –, sondern schöpfen neues Geld, buchstäblich aus dem Nichts. Diese Vermischung zwischen Geld und Kredit ist für Weber eine der Hauptursachen der Finanzkrise. Die Banken sollen Vermittler von Geld sein, nicht der Hersteller. Die Vollgeld-Reform sei dabei nicht das alleinige Heilmittel, so Weber, aber ohne sie seien die anderen Reformen zum Scheitern verurteilt.

Giroguthaben raus aus den Bankbilanzen

»Das Problem der Vollgeld-Initiative« besteht nach Ansicht von Kampagnenleiter Thomas Mayer darin, »dass sie etwas will, von dem die Leute denken, wir hätten es schon.« Tatsächlich sind gemäss einer repräsentativen Umfrage aus Deutschland 84 Prozent irrtümlicherweise der Ansicht, das Geld würde durch die Zentralbank geschöpft. 90 Prozent wollen keine Geldschöpfung durch die Banken. Genau dies verlangt die Vollgeld-Initiative. Sie hat übrigens ein historisches Vorbild: 1891 verbot der Souverän die Papiergeldschöpfung durch die privaten Banken.

1848 wurde mit der Gründung der modernen Eidgenossenschaft bereits das kantonale Münzregal dem Bund zugeschlagen. Noch heute gibt der Bund die Münzen und die Nationalbank das Papiergeld heraus. Das elektronische Geld auf unseren Bankkonten wird aber von den Banken selber geschöpft, mit einer gesetzlichen Mindestreserve an Zentralbankgeld von 2,5 Prozent. Das Geld der



Die Kampagnen-Tagung stiess auf erfreulich grosses Interesse.

Banken ist dabei weder gesetzliches Zahlungsmittel, noch ist es vor Bankpleiten geschützt.

Das ist beim Vollgeld anders: Ein Giroguthaben ist nicht mehr ein verkappter Kredit an die Bank wie bis jetzt, sondern wird ausserhalb der Bankbilanz geführt und bleibt bei einer Pleite erhalten.

Initiative gut vorbereitet

An der Tagung wurden die Argumente für die Initiative nochmals zusammengefasst, die Kampagneninstrumente vorgestellt, Fragen beantwortet und erste Gruppen in einzelnen Kantonen und Sprachregionen gebildet. Weitere Arbeitsgruppen befassen sich mit Events und Aktionen, Fundraising und Social Media. Am Kampagnentag wurden auch neue Sammelzusagen abgegeben; der Stand liegt nun bei knapp 60'000.

Knacknuss bleiben die 300'000 Franken in der Kampagnenkasse, die sich das Komitee als Bedingung für die Unterschriftensammlung gestellt hat. Dennoch: »Ich habe noch nie eine Volksinitiative gesehen, die derart gut vorbereitet war«, sagte etwa der Brugger Ingenieur Alec Gagneux, ein Aktivist mit Erfahrung aus zahlreichen umweltpolitischen Initiativen. Auch Thomas Mayer meinte angesichts des grossen Zulaufs und der guten Stimmung an der Tagung, das nötige Geld dürfte im Laufe der Sommermonate zusammenkommen.

»Das Problem der Vollgeld-Initiative besteht darin, dass sie etwas will, von dem die Leute denken, wir hätten es schon.«

**Kampagnenleiter
Thomas Mayer**

Daniel Meier, Geschäftsführer des Vereins MoMo, geht aufgrund der Resonanz der Kampagnentagung davon aus, dass die Unterschriftensammlung wie geplant im Mai gestartet wird. Dann wird sich zeigen, ob Gottfried Keller recht bekommt, der vor über 150 Jahren im »Fähnlein der sieben Aufrechten« geschrieben hatte: »Es wird eine Zeit kommen, wo in unserem Lande, wie anderwärts, sich grosse Massen Geldes zusammenhängen, ohne auf tüchtige Weise erarbeitet und erspart worden zu sein; dann wird es gelten, dem Teufel die Zähne zu weisen; dann wird es sich zeigen, ob der Faden und die Farbe gut sind an unserem Fahmentuch!«

Christoph Pfluger, Herausgeber Zeitpunkt (www.zeitpunkt.ch)

Einladung

zur 24. Generalversammlung der INWO Schweiz
am 12. April 2014 von 14 – 17 Uhr



© Alex Anliker



... diesmal in Basel

im Unternehmen Mitte, Gerbergasse 30.

Genauere Angaben folgen ...

Tipp: Freiwirtschaftliche Bibliothek

In Basel befindet sich auch die Freiwirtschaftliche Bibliothek. Die Freiwirtschaftliche Bibliothek (FB) ist eine Spezialsammlung im Schweizerischen Wirtschaftsarchiv und umfasst über 1.350 Werke zu den Themen Freiwirtschaft, Freigeld und Freiland. Neben Schriften von Vertretern der Freiwirtschaftlichen Bewegung umfasst sie weitere wirtschaftspolitische und wirtschaftstheoretische Werke.

Die Dokumente der FB stehen im Magazin. Sie können im Katalog bestellt und ausgeliehen werden.

Die Freiwirtschaftliche Bibliothek ist das Werk des Baslers Paul Gysin (1911-1993). Während rund 35 Jahren trug er zum Thema Geld- und Bodenreform Bücher, Broschüren und Pamphlete zusammen, um sie der Forschung zugänglich zu machen.

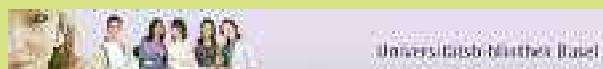
Seit den 1990er Jahren ist der Bestand in der UB Wirtschaft-SWA (damals noch WWZ-Bibliothek/SWA genannt) zugänglich. Zur Ergänzung des Bestands der FB trägt die NWO-Stiftung Belcampo bei.

Die Freiwirtschaftliche Bibliothek dokumentiert die theoretischen Grundlagen der Freiwirtschaftslehre, ihre wirtschaftspolitischen Forderungen und deren Rezeption in der Schweiz.

Die freiwirtschaftliche Lehre – von Silvio Gesell (1862-1930) begründet – strebt eine natürliche Wirtschaftsordnung (NWO) an. Geld soll nicht gehortet werden, sondern ständig im Umlauf sein, Grundbesitz soll als Freiland verpachtet werden.

Politisches Sprachrohr für die Ideen Silvio Gesells in der Schweiz waren ab 1915 folgende Organisationen:

- Schweizerischer Freiland-Freigeld-Bund (1915-1923)
- Schweizerischer Freiwirtschaftsbund (1924-1943)
- FBS Freiwirtschaftliche Bewegung der Schweiz (seit 1943)
- LSPS, Liberalsozialistische Partei der Schweiz (1946-1990)
- INWO Schweiz – Internationale Vereinigung für Natürliche Wirtschaftsordnung Schweiz (seit 1990)



Die Freiwirtschaftliche Bibliothek beinhaltet einen umfassenden Schriftenbestand der wichtigsten Vertreter dieser Organisationen: Hans Bernoulli (1876-1959), Theophil Christen (1873-1920), Friedrich Salzmänn (1915-1990), Werner Schmid (1898-1981), Fritz Schwarz (1887-1958), Hans-Konrad Sonderegger (1891-1944), Werner Zimmermann (1893-1982) und weitere.

Kontakt:

**Dr. Martin Lüpold, Fachreferent für Wirtschaftsinformation und Wirtschaftsgeschichte, Archivar im Schweizerischen Wirtschaftsarchiv (SWA)
Universität Basel
Peter Merian-Weg 6, Postfach**

4002 Basel, Schweiz

E-Mail: Martin.Luepold@unibas.ch

Tel.: +41 (0)61 267 10 82

www.ub.unibas.ch/ub-wirtschaft-swa/recherche/spezialbestaende/freiwirtschaftliche-bibliothek/